

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2016



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Michael Hachula, Malte Rieth und Thore Schlaak

Wachstum der Weltwirtschaft bleibt schwach 203

Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft trotz unsicherer Weltkonjunktur
auf Kurs 212

Interview mit Simon Junker

»Privater Konsum trägt weiter kräftig zum Wachstum bei« 231

Hauptaggregate der Sektoren 2016–2017 232

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 234

Am aktuellen Rand Kommentar von Dorothea Schäfer

CoCo-Bonds: Nicht nur für Privatanleger,
sondern auch für Banken zu gefährlich 240



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
16. März 2016

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLende: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Zur Produktions- und Kapazitätsentwicklung der sowjetischen Stahlindustrie

Im November 1962 hatte sich Ministerpräsident Chruschtschow vor dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU erstmals gegen eine weitere Forcierung der sowjetischen Stahlproduktion ausgesprochen und eine veränderte Allokation der Produktionsfaktoren zugunsten der Erzeugung von Leichtmetallen und Kunststoffen angekündigt. Die geforderte Umstellung schloß sich dem 4 Jahre zuvor verkündeten „Chemisierungsprogramm“ organisch an, das neben einer drastischen Steigerung der Kunstdüngerproduktion vor allem den beschleunigten Aufbau der Kunststoffindustrie zum Ziele hatte. Damit wurde auch in der UdSSR eine Entwicklung eingeleitet, die in den westlichen Ländern bereits in den dreißiger und vierziger Jahren zu verzeichnen gewesen war.

Eine solche Umstellung mußte jedoch viele Interessen berühren. Immerhin kann vermutet werden, daß eine Kürzung der für die Stahlindustrie bereitgestellten Investitionsmittel leichter zu verwirklichen war, als der seinerzeit überstürzt in Angriff genommene, zusätzliche Ausbau der chemischen Industrie. Hatten sich dort zunächst erhebliche Überkapazitäten ergeben, so kam es bei der Stahlindustrie darauf an, einen bisher forciert betriebenen Kapazitätsausbau zu verlangsamen.

Die deutliche Verringerung der im Jahre 1963 neu in Betrieb genommenen Stahlkapazitäten (nur 1,2 Mill. t nach rund 4 Mill. t jährlich von 1959 bis 1962) konnte bei der langen Reifezeit der Investitionen dieser Industrie noch nicht das Ergebnis der Investitionsumlenkung sein. Trotz der von Chruschtschow geforderten Änderung der bisherigen Investitionspolitik wurden im Jahre 1964 neue Stahlkapazitäten von nicht weniger als 4,3 Mill. t in Betrieb genommen. Für das Jahr 1965 dagegen ist vor kurzem – im Erfüllungsbericht – wiederum ein vergleichsweise geringer investitionsbedingter Zugang um 1,8 Mill. t Stahlkapazität gemeldet worden.

aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 18. März 1966

Wachstum der Weltwirtschaft bleibt schwach

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Michael Hachula, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die Weltwirtschaft kommt nicht in Fahrt. Nachdem die globale Produktion im vergangenen Jahr mit 3,3 Prozent so langsam gewachsen ist wie seit der Finanzkrise 2009 nicht mehr, dürfte sie in diesem Jahr auch nur um 3,3 Prozent zulegen – und damit weniger als zuletzt prognostiziert. Ursächlich hierfür ist vor allem die Entwicklung in den Schwellenländern. Die Konjunktur in China verliert weiter an Tempo. Überdies dämpfen in rohstoffexportierenden Ländern die niedrigen Exporterlöse die Aktivität. In den Industrieländern setzt sich das moderate Wachstumstempo hingegen fort – nicht zuletzt aufgrund gestiegener Kaufkraft, zu der auch gesunkene Energiepreise beitragen. Der Konsum ist hier nach wie vor wichtigste Wachstumsstütze, so dass sich die Lage auf den Arbeitsmärkten wiederum verbessert. Hingegen bleibt die Investitionstätigkeit verhalten. Auch vom Außenhandel sind nur geringe Impulse zu erwarten, da sich die Dynamik in den Schwellenländern im kommenden Jahr lediglich leicht erhöhen dürfte. Die Risiken für die Weltkonjunktur haben zugenommen. Insbesondere die gestiegene Unsicherheit an den Finanzmärkten könnte die Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Im Euroraum besteht die Gefahr von Deflation.

Die globale Produktion ist im Jahr 2015 um 3,3 Prozent gewachsen; dies war das geringste Wachstum seit der globalen Finanzkrise 2009. Die Entwicklung war im Jahresverlauf bereits enttäuschend und hat sich im vierten Quartal erneut abgeschwächt (Abbildung 1).

Zu der konjunkturellen Verlangsamung trugen vor allem die Schwellenländer bei, die wesentlich auch den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur bestimmen dürften. In manchen Staaten – etwa in Russland und Brasilien – macht sich der Verfall der Rohstoffpreise negativ bemerkbar, zudem gibt es länderspezifische Entwicklungen. So setzte sich die Verlangsamung des Wachstums in China fort, wo sich auch aufgrund bestehender Überkapazitäten die Dynamik im Industriesektor weiter reduziert hat. Der private Konsum wächst zwar überproportional. Die chinesischen Importe gehen aber zurück, wovon sowohl rohstoff- als auch güterexportierende Länder betroffen sind.

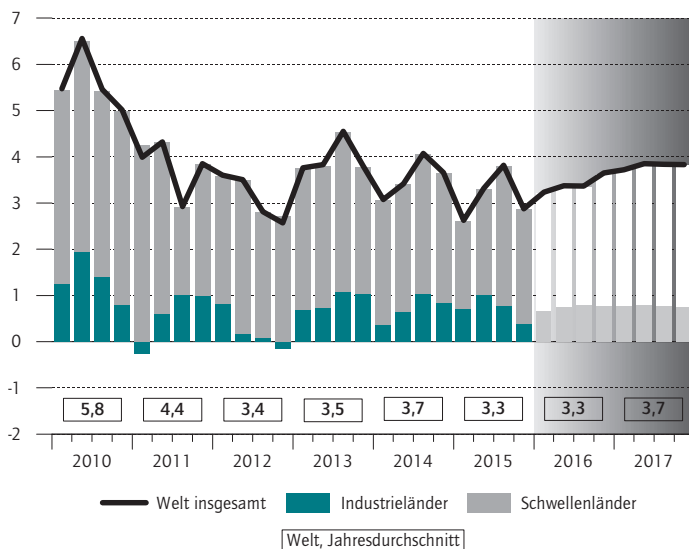
Die Nachfrageschwäche der Schwellenländer schlägt sich in den Industrieländern trotz merklicher Zuwächse beim privaten Konsum zunehmend nieder. Sowohl in den USA als auch in Deutschland sanken die Exporte. Der Euroraum zeigt sich bisher weniger anfällig gegenüber der globalen Wachstumsabschwächung; allerdings kommt es am aktuellen Rand zu Stimmungseintrübungen bei Unternehmen und Haushalten.

Diese Grunddynamiken dürften die Entwicklung der Weltwirtschaft auch im Prognosezeitraum bestimmen. Wegen des Angebotsüberhangs auf dem Ölmarkt werden die Energiepreise niedrig bleiben und damit nur allmählich eine konjunkturelle Bodenbildung in energieexportierenden Ländern ermöglichen. In China ist mit einer weiteren Wachstumsabschwächung zu rechnen (Kasten). Ein Konjunkturerinbruch wird allerdings nicht erwartet. Die zuletzt erfolgte Abwertung des Renminbi und die sich erholende Nachfrage aus den Industrieländern dürften die Exporte – und damit auch die Importe – Chinas leicht stimulieren. Letztere dürften auch durch die stärkere Einkommens- und Konsumorientie-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Weltwirtschaft wächst lediglich schwach.

rung gestützt werden, so dass sich die Auslandsnachfrage für die Industrieländer wiederum stabilisieren sollte – auch über Drittländereffekte.

Für die Industrieländer sind die niedrigen Energiepreise indes ein wichtiger Impulsgeber. Sie stärken die Kaufkraft und regen die Binnennachfrage an, wodurch die Beschäftigung ausgeweitet wird. Die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt wiederum stützen den Konsum. Die Investitionstätigkeit bleibt hingegen gedämpft und uneinheitlich. In den USA dürften sich die Unternehmensinvestitionen aufgrund steigender Nachfrage sowie sich stabilisierender Ölpreise und bei niedrigem Zinsniveau zwar erhöhen. Im Euroraum sind Zuwächse aber vor allem im Bausektor zu erwarten.

Letztlich dürfte auch die global expansiv ausgerichtete Geldpolitik die Binnennachfrage in den Industrieländern stützen. Allerdings wird es zu einer Divergenz zwischen den USA und dem Euroraum kommen. Während die US-Notenbank im Prognosezeitraum angesichts einer guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und erster Anzeichen steigender Inflationsraten die Zinsen schrittweise und leicht anheben dürfte, ließ die Europäische Zentralbank nach einer zuletzt rückläufigen Inflationsrate

im Euroraum weitere expansive Maßnahmen folgen. In beiden Wirtschaftsräumen werden die Defizite der öffentlichen Haushalte weniger reduziert als zuletzt – im Euroraum auch aufgrund der Ausgaben für Flüchtlinge. Die Finanzpolitik dürfte damit in geringerem Maße restriktiv ausgerichtet sein.

Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft im Jahr 2016 bei 3,3 Prozent liegen und im kommenden Jahr bei 3,7 Prozent (Tabelle). Die Teuerung steigt auf 2,2 beziehungsweise 3,1 Prozent.

Die Risiken für die Weltkonjunktur haben zugenommen. Insbesondere die erhöhte Volatilität an den Finanzmärkten und die teilweise Verschlechterung der privaten Finanzierungsbedingungen könnten das Wachstum belasten. Die niedrigen Ölpreise setzen zudem Energieunternehmen, deren Gläubiger und die Staatshaushalte rohstoffexportierender Länder zunehmend unter Druck. Es besteht die Gefahr erneuter Verwerfungen an den Finanzmärkten. Ein weiteres Risiko für die Prognose besteht in fortbestehenden negativen Inflationsraten im Euroraum. Schließlich ist unklar, wie in Europa politisch mit den Herausforderungen der Flüchtlingsströme umgegangen wird.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal des Jahres 2015 lediglich um annualisiert 1,0 Prozent zugelegt. Während sich die privaten Konsumausgaben merklich erhöht haben, waren die Unternehmensinvestitionen rückläufig – auch weil die niedrigen Ölpreise zu einem Einbruch der Investitionstätigkeit im Erdölsektor geführt haben. Die Investitionen in diesem Bereich dürften nun auf einem äußerst niedrigen Niveau verharren. Auch die Exporte sind im Zuge der Stärke des US-Dollars und der gedämpften weltwirtschaftlichen Entwicklung gesunken, während die Importe nur minimal rückläufig waren.

Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft vor dem Hintergrund weiterhin steigender Einkommen und einer robusten Konsumnachfrage wieder kräftiger zulegen. Dies wird vor allem durch die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt gestützt. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 228 000 neue Stellen geschaffen. Die Arbeitslosenquote lag im Februar bei 4,9 Prozent. Andere Indikatoren deuten aber daraufhin, dass sich der Arbeitsmarkt noch nicht von der Finanzkrise erholt hat. So ist die Zahl jener, die sich zumindest vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, weiterhin hoch. Auch die Quote der Unterbeschäftigten – also jene in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – hat sich zuletzt nur leicht reduziert und liegt immer noch auf einem histo-

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Euroraum	0,9	1,5	1,4	1,7	0,4	0,0	0,5	1,3	11,6	10,9	10,2	10,0
... ohne Deutschland	0,4	1,5	1,4	1,6	0,2	0,0	0,5	1,2	13,8	13,0	12,1	11,6
... Frankreich	0,2	1,1	1,0	1,3	0,5	0,1	0,7	1,3	10,3	10,4	10,3	10,1
... Spanien	1,4	3,2	2,6	2,3	-0,2	-0,5	0,5	1,3	24,5	22,1	19,7	18,4
... Italien	-0,3	0,6	0,9	1,4	0,2	0,1	0,4	1,0	12,6	11,9	11,0	10,4
... Niederlande	1,0	1,9	1,9	2,2	0,3	0,2	0,5	1,0	7,4	6,9	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	2,0	2,1	1,5	0,0	0,8	1,8	6,1	5,3	5,0	4,9
USA	2,4	2,4	2,0	2,2	1,6	0,2	1,7	1,7	6,2	5,3	4,7	4,6
Japan	-0,1	0,5	0,4	0,5	2,7	0,8	0,3	1,0	3,6	3,4	3,8	3,8
Südkorea	3,3	2,6	2,4	2,7	1,3	0,7	1,6	2,2	3,6	3,6	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,0	3,6	3,3	3,3	0,3	-0,4	0,5	1,6	8,4	7,3	6,7	6,3
Türkei	2,9	3,9	3,3	3,9	8,9	7,8	7,9	7,4	9,9	10,3	10,4	10,1
Russland	0,7	-3,7	-0,6	0,8	8,0	15,5	8,7	5,4	5,2	5,6	5,8	5,6
China	7,3	6,8	6,4	6,2	-0,6	-0,5	-0,3	2,9	3,8	3,8	3,8	3,8
Indien	7,1	7,4	6,8	6,6	4,4	1,0	4,3	6,1				
Brasilien	0,1	-3,9	-3,1	1,2	6,3	9,0	7,0	5,5	4,8	6,8	5,1	5,1
Mexiko	2,3	2,5	2,6	2,7	4,0	2,8	3,1	3,2	4,8	4,5	4,8	4,8
Industrieländer	1,8	1,9	1,6	1,9	1,4	0,3	1,2	1,5	7,0	6,4	5,9	5,8
Schwellenländer	5,2	4,4	4,6	5,0	2,5	2,8	2,9	4,2	4,8	5,0	4,8	4,7
Welt	3,7	3,3	3,3	3,7	2,0	1,7	2,2	3,1	5,8	5,6	5,3	5,2

Quelle: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgrundlinien 2016.

© DIW Berlin 2016

risch hohen Niveau. Dies dämpft den Anstieg der verfügbaren Einkommen.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen die bis auf weiteres niedrigen Zinsen nutzen, um wieder mehr zu investieren. Auch die Importe dürften – getrieben durch den privaten Konsum und die Einfuhr von Vorleistungsgütern – zulegen. Da sich die Exporte aufgrund des gedämpften Wachstums der Weltwirtschaft verhalten entwickeln, wird das Leistungsbilanzdefizit wohl leicht steigen.

Angesichts einer geringen Arbeitslosigkeit dürfte die US-Notenbank damit fortfahren, die Geldpolitik etwas weniger expansiv zu gestalten. Mit einer weiteren Erhöhung der Leitzinsen ist aber vor Mitte dieses Jahres nicht zu rechnen, und auch im restlichen Prognosezeitraum dürften die Leitzinsen nur leicht und schrittweise erhöht werden. Der Preisdruck ist vorerst nicht sehr hoch und auch im Jahr 2017 wird die Inflation nicht über zwei Prozent steigen. Auch die Finanzpolitik dürfte im Unterschied zu den vergangenen Jahren nicht restriktiv ausgerichtet sein. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass nach den Präsidentschaftswahlen Ende 2016 die Fi-

nanzpolitik neu ausgerichtet wird. Alles in allem dürfte die Wirtschaft in diesem Jahr um 2,0 Prozent zulegen. Im Jahr 2017 wird die Wachstumsrate voraussichtlich bei 2,2 Prozent liegen.

Japan

Die japanische Wirtschaft ist im letzten Quartal 2015 um 0,4 Prozent geschrumpft – vor allem aufgrund geringer Konsumausgaben. Deutliche Lohnsteigerungen, die den Konsum anregen könnten, gab es bisher nicht. Zudem sind die Ausfuhren gesunken, besonders stark die Lieferungen nach China. Allerdings konnte der Außenhandel noch einen leicht positiven Wachstumsbeitrag leisten, weil neben den Exporten auch die Importe rückläufig waren.

Im weiteren Verlauf dürfte die schwache Entwicklung anhalten. So sind die Ausfuhren zu Jahresbeginn weiter gefallen. Dazu hat auch die Aufwertung des Yen beigetragen. Dies drückt auf die Gewinne exportorientierter Unternehmen und reduziert die Aussichten auf höhere Lohnsteigerungen. Um die konjunkturelle Entwicklung zu stimulieren, hatte die Notenbank Negativzinsen ein-

Kasten

Zur aktuellen Lage in China

Weltweit mehren sich die Zweifel, ob die Wirtschaft Chinas weiterhin mit hohen Raten wächst. In den Nachbarstaaten und den westlichen Industrieländern ist spürbar, dass der Handel mit Partnern aus der Volksrepublik nachlässt. In China notiert der maßgebliche Aktienindex, der Shanghai Composite, trotz massiver staatlicher Interventionen zur Kursstützung derzeit 45 Prozent niedriger als auf seinem im Juni letzten Jahres erreichten Spitzenwert. Der chinesische Ministerpräsident Li räumte jüngst Schwierigkeiten für die weitere Entwicklung ein, betonte aber, dass die Wirtschaft stabil sei; der Garant dafür seien eine geringe Arbeitslosenquote von fünf Prozent¹ und stark steigende Einkommen.² Im Folgenden wird ein etwas tiefer gehender Blick als üblich auf die aktuelle konjunkturelle Situation in China geworfen; die Analyse stützt sich vor allem auf die Daten des Nationalen Statistischen Büros.

Der Außenhandel hat sich deutlich abgeschwächt. Die Exporte sind seit März 2015 rückläufig (im Vorjahresvergleich, zu jeweiligen Preisen auf Basis von US-Dollar), seit Anfang dieses Jahres mit erhöhtem Tempo. Bei den Importen ist eine eindeutig rückläufige Tendenz bereits seit November 2014 erkennbar. Da bei den Einfuhren die Abschwächung meist stärker als bei den Ausfuhren ausfiel, stieg der Handelsbilanzüberschuss. Hinsichtlich der Ausfuhren gibt es bis Dezember 2015 Informationen über einzelne Gütergruppen. Besonders stark abgenommen hatten in den letzten Monaten des Jahres 2015 die Lieferungen bergbaulicher Erzeugnisse und von Rohöl. Aber auch bei nahezu allen wichtigen industriellen Exportgütern kam es zu Rückgängen: Eisen und Stahl, NE-Metalle, chemische Grundstoffe, Chemiefasern, Gummi- und Kunststoffserzeugnisse, Metallerzeugnisse, Maschinen, Fahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse und Ausrüstungen (einschl. Computer und Computerteile), Geräte der Kommunikation, Messgeräte,

Textilien und Sportartikel. Die Verminderung der Auslandslieferungen erfasste mithin nahezu die gesamte Industrie. Aus dem Rahmen fielen lediglich Ledererzeugnisse und die Bekleidung.

Wird der Blick auf den industriellen Output gerichtet, zeigt sich ein weniger eindeutiges Bild; offensichtlich werden bei einzelnen Gütern nachlassende Ausfuhren durch eine vermehrte Binnennachfrage ausgeglichen. So gab es Zuwächse bei Textilien, der Herstellung von Kraftfahrzeugen, Mobilfunkgeräten oder Fernsehern. Deutliche Rückgänge zeigten sich indes – wohl nicht zuletzt exportbedingt – bei Computern und Computerteilen, Haushaltsgeräten und den Werften. Bei der Metallerzeugung nahm die Stahlproduktion ab, während die Herstellung von Aluminium und Kupfer zulegen.

Die amtliche Statistik weist jedoch eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Bruttowertschöpfung für das verarbeitende Gewerbe aus. Sie sei insgesamt im vierten Quartal 2015 um reichlich sechs Prozent höher ausgefallen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; somit hätte sich das Wachstumstempo nur geringfügig vermindert.

Nach den Ergebnissen der amtlichen Erhebung unter den Einkaufsmanagern von Industrieunternehmen droht indes eine deutliche Abkühlung. Der auf Basis der Umfragedaten gebildete Index signalisiert seit August letzten Jahres eine Abschwächung; im Februar erreichte der Gesamtwert der Kennziffer seinen Tiefstand. Bei der laufenden Produktion gab es nach den Einschätzungen der Befragten bis Januar noch Zuwächse, im Februar nicht mehr. Die Angaben über die Auftragseingänge kündigen seit Mitte 2015 einen deutlichen Rückgang an. Die Beschäftigung müsste den Befragungsergebnissen zufolge bereits seit längerer Zeit gesunken sein. Erstaunlich ist, dass sich die Einschätzungen über die Zukunft, die sich bis Januar immer mehr eintrübten, im Februar stark aufhellten.

Über die Bauproduktion gibt es unterjährige Daten bis zum dritten Quartal 2015 (zu jeweiligen Preisen). Im Sommerhalbjahr stagnierte die Produktion im Vorjahresvergleich. Die Zeiten zwei-

geführt. Trotz der Zinsschritte sind die Inflationserwartungen von Haushalten und Unternehmen weiter gefallen. Noch höhere Strafzinsen sind zu erwarten, wenn der Rückfall in eine Deflation droht.

Die Entwicklung dürfte in den nächsten Quartalen vermehrt von Vorzieheffekten beim privaten Verbrauch geprägt sein. So steht im April nächsten Jahres eine Mehrwertsteuererhöhung von acht auf zehn Prozent an. Nach

der Steuererhöhung dürfte der Konsum indes wieder zurückgehen. Die Produktion wird nicht deutlich über eine Stagnation hinauskommen; sie dürfte in diesem und im nächsten Jahr lediglich um je ein halbes Prozent steigen.

China

Nach den Angaben der amtlichen Statistik stieg das Bruttoinlandsprodukt Chinas im Schlussquartal von 2015 um

stelliger Wachstumsraten, wie sie noch 2014 erreicht wurden, sind offenbar vorbei. Die Auftragseingänge lassen einen Produktionsrückgang erwarten; die Unternehmen konnten sich zwar noch auf ältere Auftragsbestände stützen, aber der Wert der neuen Bestellungen nahm ab. Dazu passt die seit dem Frühjahr 2015 rückläufige industrielle Zementproduktion. Der für Februar dieses Jahres unter den Einkaufsmanagern der Bauwirtschaft ermittelte Indexwert über die Geschäftsaussichten bewegt sich im negativen Bereich.³

Besser sieht es im Dienstleistungssektor aus. Das hängt vor allem mit den stark gestiegenen verfügbaren Einkommen zusammen, die die Nachfrage stimulierten. Im dritten Quartal 2014 fiel das Pro-Kopf-Einkommen um knapp zehn Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum aus. Das kann nur an starken Lohnanhebungen liegen. Die Pro-Kopf-Ausgaben nahmen allerdings weniger stark zu – im dritten Quartal des vergangenen Jahres waren es sechs Prozent. Die Teuerung ist gering – im Januar waren die Verbraucherpreise um 1,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Differenz zwischen den Zuwachsraten beim verfügbaren Einkommen und den Ausgaben der Privathaushalte hat der Tendenz nach zugenommen – die Sparquote ist also gestiegen. Das mag damit zusammenhängen, dass wegen der in China unterentwickelten Sozialsysteme vermehrt für das Alter vorgesorgt wird, es könnte aber auch sein, dass angesichts einer bereits eingetretenen oder einer erwarteten Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt vermehrt gespart wird. Denn auch die Umfragen unter den Einkaufsmanagern der nicht zur Industrie zählenden Wirtschaftsbereiche lassen auf einen Beschäftigungsabbau schließen.⁴ Obwohl die Werte des entsprechenden Index⁵ seit Ende letzten Jahres deutlich abgenommen haben, ist im Dienstleistungssektor eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit zu erwarten.

³ Vgl. National Bureau of Statistics of China: China's Non-Manufacturing Index was 52,7 Percent in February. Pressemitteilung vom 2. 3. 2016. http://www.stats.gov.cn/english/PressRelease/201603/t20160302_1325889.html

⁴ Ebenda.

All das zusammengekommen, scheint die chinesische Wirtschaft einen kritischen Punkt der Entwicklung erreicht zu haben. Die Partei- und Staatsführung hat vor geraumer Zeit angekündigt, dass sie die Wirtschaft hin zu Dienstleistungsaktivitäten umbauen will. Tatsächlich geht es aber eher darum, dass zum einen – wie bei jeder Transformationsökonomie – nicht wettbewerbsfähige altindustrielle Produktionen still zu legen und Personalüberhänge im Staatsektor abzubauen sind, und dass zum anderen in solchen Teilen der Wirtschaft, die in der Vergangenheit enorm expandiert haben, für eine sanfte Landung zu sorgen ist – und das vor dem Hintergrund eines schwächeren weltwirtschaftlichen Wachstums. Damit keine internen politischen Spannungen entstehen, muss bei der Lösung dieser Aufgaben eine deutliche Zunahme der Unterbeschäftigung vermieden werden. Das setzt voraus, dass neue Aktivitäten – egal wo – entstehen und in hinreichendem Maße kompensierend wirken.

Auf jeden Fall ist damit zu rechnen, dass staatlicherseits versucht werden wird, die im Fünf-Jahres-Plan gesetzten Wachstumsraten von 6,5 bis 7 Prozent zu erreichen. Die „Pro-aktive“ Wirtschaftspolitik wird mit verstärkten staatlichen Ausgaben – auch für Infrastrukturmaßnahmen – einhergehen; sie sollen in diesem Jahr um etwa sieben Prozent zulegen, während bei den Einnahmen des Staates nur ein Plus von 2,2 Prozent vorgesehen ist. Die Neuverschuldung steigt dadurch auf über drei Prozent der Wirtschaftsleistung⁵ – 2015 nahm das Defizit noch um 2,1 Prozent zu. Überdies sind Steuersenkungen für Unternehmen geplant, um sie auch von erhöhten Kosten zu entlasten. In der Industrie sind die Betriebe zudem mit einem Verfall der Erzeugerpreise konfrontiert, der sich allerdings zuletzt etwas abgeschwächt hat. Um dem Abfluss von Kapital zu begegnen, will die Geldpolitik eine weitere Währungsabwertung durch Devisenkäufe vermeiden. Der Leitzins wurde auf 4,35 Prozent gesenkt; zu weiteren, die Konjunktur stützenden geldpolitischen Maßnahmen hat sich die Zentralbank bereit erklärt.

⁵ China will robustes Wachstum und macht Schulden – Keine harte Landung? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 3. 2016.

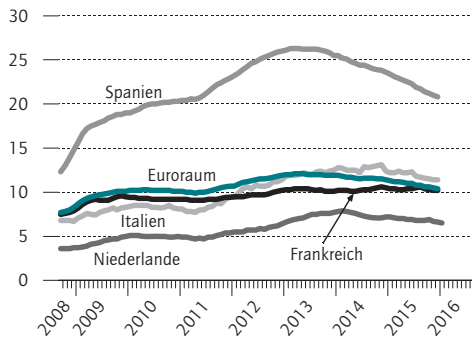
1,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Im Jahr 2015 wurde das Vorjahresergebnis um 6,8 Prozent übertroffen. Die Zuwachsrate entsprach somit den staatlichen Planvorgaben.

Gleichwohl ist die wirtschaftliche Entwicklung in eine kritische Situation geraten (Kasten). Der Außenhandel geht seit Monaten zurück; noch stärker als die Exporten nahmen die Einfuhren ab. Die Bauproduktion zeigt

ebenfalls Schwächetendenzen. Die Industrieproduktion wurde bis Ende letzten Jahres noch ausgeweitet, aber mit nachlassendem Tempo. Die Auftragseingänge deuten jedoch auf eine gedämpfte Produktion hin. Der Dienstleistungssektor expandiert hingegen kräftig, da die verfügbaren Einkommen mit fast zweistelligen Raten zunehmen; das schiebt hier die Investitionen an. Die Sparquote steigt ebenfalls, was auch an einem erwarteten Beschäftigungsabbau liegen dürfte. Eine nachlassende Beschäf-

Abbildung 2

Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2016

Die Arbeitslosigkeit geht zurück, wenn auch in manchen Mitgliedsländern nur in moderatem Tempo.

tigung signalisieren die Frühindikatoren. Die Verbraucherpreise nehmen nur moderat zu.

Es wird in der Prognose davon ausgegangen, dass mit finanz- und geldpolitischen Maßnahmen eine Stabilisierung der Konjunktur erreicht wird; einige Maßnahmen sind bereits ergriffen worden, andere wurden angekündigt. Dennoch dürfte das im Plan vorgesehene Wachstum der Wirtschaftsleistung von über 6,5 Prozent in diesem und im nächsten Jahr nicht ganz erreicht werden.

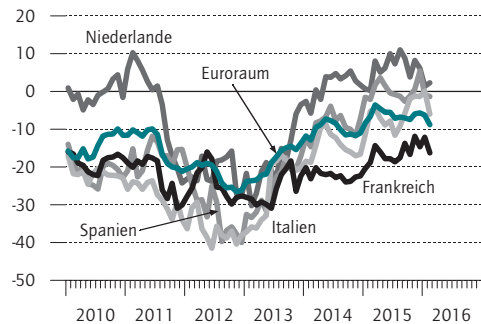
Euroraum

Das lediglich moderate Wachstum der Wirtschaft im Euroraum hat sich auch im vierten Quartal 2015 fortgesetzt; das Bruttoinlandsprodukt legte um 0,3 Prozent zu, insgesamt wuchs es im Jahr 2015 um 1,5 Prozent. Der private Verbrauch dürfte das Wachstum im Prognosezeitraum weiterhin stützen. Zum einen erhöht der erneute Fall der Energiepreise temporär die Kaufkraft, zum anderen verbessert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wenn auch in manchen Mitgliedsländern nur zögerlich (Abbildung 2). Das Konsumentenvertrauen liegt nach wie vor auf hohem Niveau (Abbildung 3).

Trotz steigender Konsumnachfrage entwickeln sich die Investitionen in einem Umfeld mit politischer Unsicherheit und konjunkturellen Risiken immer noch gedämpft. Die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen deuten allerdings für den Prognosezeitraum auf eine Zunahme hin. Die Exporterwartungen der Unter-

Abbildung 3

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2016

Das Konsumentenvertrauen liegt im Vergleich zu den Vorjahren auf hohem Niveau.

nehmen haben sich am aktuellen Rand etwas eingetrübt, wohl aufgrund der schwachen Entwicklung in den Schwellenländern (Abbildung 4). Da die Importe wegen der robusten inländischen Konsumnachfrage stärker zunehmen, ist ein leicht negativer Wachstumsbeitrag des Außenhandels zu erwarten.

Die Finanzpolitik dürfte im Prognosezeitraum neutral ausgerichtet sein. Die zusätzlichen Ausgaben durch die Zuwanderung von Asylsuchenden in einigen Ländern sollten dort allerdings expansiv wirken. Die Inflationsraten im Euroraum sind weiterhin sehr niedrig. Durch die niedrigen Energiepreise ist im Prognosezeitraum von einer nur geringen Teuerung auszugehen. Damit wird das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp zwei Prozent trotz im Verlauf leicht anziehender Verbraucherpreise auch Ende 2017 wohl nicht erreicht. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,4 Prozent und im nächsten Jahr um 1,7 Prozent zulegen.

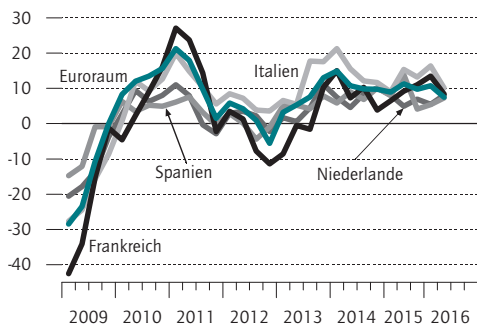
Frankreich

Die französische Wirtschaft ist im Jahr 2015 um 1,1 Prozent gewachsen. Bedingt durch den Anstieg der real verfügbaren Einkommen war der private Konsum der wichtigste Wachstumstreiber. Dies dürfte auch im Prognosezeitraum so bleiben. Da die Beschäftigungszuwächse jedoch gering ausfallen, sollte die Entwicklung des Konsums nicht an Dynamik hinzugewinnen. Bei den Unternehmensinvestitionen deutet der Einkaufsmanagerindex nicht auf eine Belebung hin. Politikmaßnahmen,

Abbildung 4

Exportserwartungen

Saldo



Quelle: DG ECFIN.

© DIW Berlin 2016

Die Exportserwartungen haben sich zuletzt etwas eingetrübt.

die die Lohnkosten reduzieren und die geringe Gewinnspanne der Unternehmen erhöhen sollen, werden wohl zu leicht anziehenden Investitionen ab dem kommenden Jahr führen.¹

Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet bleiben, da zusätzlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung von Investitionen Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen – etwa bei den Gebietskörperschaften. In diesem Jahr dürfte die französische Wirtschaft nur um 1,0 Prozent wachsen, im kommenden Jahr um 1,3 Prozent.

Spanien

In Spanien legte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 um 3,2 Prozent zu und verzeichnete damit den stärksten Anstieg seit 2007. Eine wichtige Stütze war der private Konsum, der sich angesichts der optimistischen Konsumentenstimmung und des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus auch im Prognosezeitraum kräftig entwickeln sollte. Ebenfalls stiegen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen merklich und dürften weiterhin maßgeblich zum Wachstum beitragen. Dafür sprechen die günstige Gewinnsituation der Unternehmen und die – verglichen mit den letzten Jahren – hohe Anzahl an erteilten Baugenehmigungen.

¹ Das Programm 'Crédit d'Impôt pour la Compétitivité et l'Emploi' (CICE) und der 'responsibility and solidarity pact' (RSP) führen für Unternehmen zu Einsparungen von Arbeitskosten, unter anderem durch eine Senkung ihrer Sozialversicherungsbeiträge.

Angesichts der hohen Inlandsnachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, sollten die Importe weiterhin kräftig zulegen. Der gleichzeitige Anstieg der Exporte dürfte trotz der unverändert positiven Exportserwartungen der Unternehmen geringer ausfallen, so dass der Außenhandel in diesem Jahr leicht negativ auf das Wachstum wirkt. Im kommenden Jahr ist durch eine Erholung in wichtigen Absatzmärkten mit einem neutralen Wachstumsbeitrag zu rechnen. Der anhaltende Aufschwung wird eine weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen erleichtern. Insgesamt dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in diesem und im nächsten Jahr bei rund 2,5 Prozent liegen.

Italien

Nach einer leichten Erholung der italienischen Wirtschaft stagnierte das Wachstum im Schlussquartal 2015 mit einem Plus von lediglich 0,1 Prozent. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Entwicklung ein wenig verbessern.

Der private Verbrauch legt zu, die Löhne steigen etwas und die Beschäftigung wird weiter aufgebaut, wenn auch nur allmählich. Die Arbeitslosenquote verharrt seit Oktober letzten Jahres bei etwa 11,5 Prozent und wird nur zögerlich abnehmen. Insgesamt steigen die verfügbaren Einkommen damit nur leicht an. Schon im vierten Quartal 2015 stieg die Kapazitätsauslastung, unter anderem durch einen Zuwachs bei den Exporten. Im Zeitverlauf dürften die freien Kapazitäten weiter abnehmen; dies stimuliert die Investitionen. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ein Prozent betragen. Für das kommende Jahr ist mit 1,4 Prozent zu rechnen.

Niederlande

In den Niederlanden hat sich das Wachstum nur zögerlich beschleunigt. Im Schlussquartal stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent – gedämpft durch schwache Exporte. Die inländische Nachfrage dürfte sich im Prognosezeitraum robust entwickeln. Die Arbeitslosigkeit geht langsam aber stetig zurück; die Quote lag im Januar bei 6,5 Prozent. Anziehende Lohnzuwächse und kontinuierliche Beschäftigungsgewinne dürften den privaten Verbrauch weiter anschieben. Die aktuelle Eintrübung im Konsumentenvertrauen wird daher nur temporärer Natur sein.

Die Investitionen legten zuletzt um 3,3 Prozent zu. Die Erholung der Immobilienpreise dürfte die Bautätigkeit anregen. Einkaufsmanagerbefragungen deuten darüber hinaus auf steigende Unternehmensinvestitionen hin. Zwar sind die Exporte zuletzt rückläufig gewesen. Aufgrund des robusten Wirtschaftswachstums wichtiger Handelspartner wie Deutschland, Großbritannien und den USA, ist jedoch mit einer Erholung in der ers-

ten Jahreshälfte zu rechnen. Bei einer moderaten Rückführung des öffentlichen Defizits wird die Finanzpolitik weitgehend neutral ausgerichtet bleiben.

Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von knapp zwei Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum etwas kräftiger ausfallen.

Vereinigtes Königreich

Im Schlussquartal 2015 legte das Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich um 0,5 Prozent zu. Nunmehr setzt sich das Wirtschaftswachstum in nahezu gleichem Tempo fort. Weiterhin bleibt die Binnenkonjunktur der Wachstumstreiber. Gestützt wird die private Nachfrage durch Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, wodurch die verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum zulegen. Die derzeit niedrige Teuerungsrate zieht im Zeitverlauf zwar an, noch stärker steigen aber die Löhne. Dies wird begleitet durch eine leicht anziehende Produktivität.

Die Investitionen verlaufen etwas schwächer als der Konsum. Dies liegt zum einen an rückläufigen Investitionen in die Erdölexploration. Zum anderen macht sich die Unsicherheit über den Ausgang des für Juni geplanten Referendums über die EU-Mitgliedschaft in der ersten Jahreshälfte dämpfend bemerkbar. Bereits zu Jahresbeginn trübten sich die Einkaufsmanagerindizes und die Zuversicht der Unternehmen ein. Bei einem Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU dürften in der zweiten Jahreshälfte die Investitionen wieder anspringen. Stützend wirkt die nach wie vor expansive Geldpolitik: Auch wenn die Inflationsraten seit Oktober kontinuierlich anziehen, ist mit einer Anhebung der Zinsen durch die englische Notenbank erst für Anfang 2017 zu rechnen. Die Absatzchancen im Ausland sind hingegen vorerst eingetrübt und die Exporte nehmen im Prognoseverlauf wenig zu.

Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung um insgesamt zwei Prozent steigen; im Jahr 2017 dürfte das Wachstum etwa ähnlich hoch ausfallen.

Mittel- und Osteuropa

Das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften war auch im Schlussquartal 2015 stabil – mit Ausnahme Tschechiens, wo das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal stagnierte. Hier gab zum Jahresende sowohl die Industrie- als auch die Bautätigkeit nach. In den anderen Ländern war die Entwicklung von Industrie und Bauwirtschaft uneinheitlich. Die Binnen-

konjunktur ist in den meisten Ländern solide. Der private Konsum wird gestützt durch gestiegene Realeinkommen. In Folge des gesunkenen Ölpreises war die Teuerung gering. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den meisten Ländern verbessert. Auch die Investitionsbedingungen bleiben bei niedrigen Zinsen grundsätzlich günstig. Die Zentralbanken haben angesichts der geringen Teuerungsrate die Leitzinsen nicht erhöht und auch keine Veränderung angekündigt. Außer in Bulgarien haben sich der Index zum Konsumentenvertrauen und auch die Zuversicht der Unternehmen zuletzt verbessert. Die Einkaufsmanagerindizes für Polen und Tschechien liegen weiter oberhalb der Expansionsschwelle. In Tschechien haben sich überdies die Exporterwartungen aufgehellt. Das Wirtschaftswachstum in der gesamten Region dürfte im Prognosezeitraum mit jährlich 3,3 Prozent stabil bleiben.

Russland

Die russische Wirtschaft ist im Jahr 2015 im Umfeld sinkender Ölpreise und von Sanktionen deutlich geschrumpft. Die Bautätigkeit und die Industrieproduktion sind gesunken. Allerdings konnte die Produktion von Nahrungsmitteln gesteigert werden; dies ist die Folge der mit dem Importverbot und dem gefallenem Rubelkurs einhergehenden Importsubstitution. Die Inlandsnachfrage war rückläufig: Der private Konsum wurde bei gesunkenen Reallöhnen stark eingeschränkt; die Investitionen gingen deutlich zurück. Die Importe sind um mehr als 25 Prozent gefallen. Die russischen Exporte, die überwiegend aus Energieausfuhren bestehen, sind bei einem weltweit hohen Angebot an Energieträgern nur leicht gestiegen. Seit seiner faktischen Freigabe im Herbst 2014 verändert sich der Kurs des Rubels gegenüber dem Dollar parallel zum Ölpreis. Trotz der erneuten Abwertung des Rubels im Januar hat sich die Teuerungsrate noch nicht weiter erhöht. Die russische Zentralbank hat daher den Leitzins nicht verändert. Für den Fall einer steigenden Inflation hat sie eine Leitzinserhöhung im weiteren Jahresverlauf nicht ausgeschlossen. Die Lage bleibt schwierig: Der Export dürfte angesichts des weltweit hohen Angebots an fossilen Brennstoffen vorerst kaum zulegen. Das Konsumentenvertrauen hatte sich gegen Ende vergangenen Jahres eingetrübt. Daten zur Industrieproduktion im Januar zeigen insgesamt zwar einen leichten Anstieg, der auf die Energieerzeugung zurückzuführen ist; der Januar war vergleichsweise kalt. Auch der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe verbesserte sich im Januar leicht, bleibt aber unterhalb der Expansionsschwelle. Die russische Wirtschaftsleistung wird dieses Jahr wohl nochmals leicht sinken und bei einer Erhöhung des Ölpreises im nächsten Jahr leicht steigen.

EUROPA UND DIE WELTWIRTSCHAFT

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Christoph Große Steffen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | cgrossesteffen@diw.de

Michael Hachula ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhachula@diw.de

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

GLOBAL ECONOMIC GROWTH REMAINS WEAK

Abstract: The global economy is stalling. Global production increased by only 3.3 percent last year—the lowest growth rate since the financial crisis—and is expected to rise by only 3.3 percent in 2016 as well, which is lower than originally predicted. The reason for the sluggish growth lies primarily in the changes taking place in the emerging countries: the Chinese economy continues to lose momentum, and low export revenues in the commodity-exporting countries are hindering economic activity. In the industrialized countries, however, the moderate pace of growth continues, not least due to increased purchas-

ing power, which is in turn partly due to the decreased energy costs. In these countries, consumption remains an important pillar of growth, and thus the labor market situation is also improving. By contrast, investment remains subdued and only minor stimuli are expected from net exports since the momentum in the emerging countries is likely to increase only slightly in the coming year. The risks to the global economy are skewed to the downside. Increased uncertainty in the financial markets could worsen financing conditions. The euro area is facing the risk of deflation.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Deutsche Wirtschaft trotz unsicherer Weltkonjunktur auf Kurs

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich trotz eines eingetrübten weltwirtschaftlichen Umfelds robust. Auf vielen ausländischen Absatzmärkten lief die Nachfrage zuletzt schwach, weshalb die deutsche Industrieproduktion im zweiten Halbjahr 2015 rückläufig war. Bereits zum Jahresauftakt hat sie aber wieder zugelegt. Im Prognosezeitraum dürften die Exporte von einer sich allmählich aufhellenden weltwirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Maßgeblich zum Wachstum trägt die kräftige Binnenkonjunktur bei, die vor allem durch den kräftigen privaten Verbrauch befeuert wird. So setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort und die Lohnsteigerungen bleiben spürbar. Auch die Ausgaben für Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten schieben den Konsum an. Die Kosten im Zuge der Flüchtlingsmigration sind beträchtlich, dennoch wird der öffentliche Gesamthaushalt weiterhin hohe Überschüsse erzielen. Im Prognosezeitraum werden die Finanzierungsspielräume aber enger. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 1,6 Prozent wachsen, im kommenden Jahr um 1,5 Prozent.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung war zuletzt schwach. Dies bekam auch die deutsche Wirtschaft zu spüren. Die exportorientierte Industrie hatte die Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2015 zurückgefahren. Zuletzt nahm sie aber wieder Fahrt auf. Der Aufwärtstrend im verarbeitenden Gewerbe wird aber nur moderat sein – die signalisieren die verhaltene Entwicklung der Aufträge und die zuletzt eingetrübte Unternehmensstimmung. Dennoch entwickelt sich die deutsche Wirtschaft dynamisch (Abbildung 1), es zeichnet sich sogar ein kräftiger Jahresauftakt ab (Tabelle 1). Die Bauwirtschaft dürfte weiter merklich zulegen, vor allem trägt aber eine kräftige, konsumgetriebene Konjunktur in den Dienstleistungsbereichen zum robusten Wachstum der deutschen Wirtschaft bei.

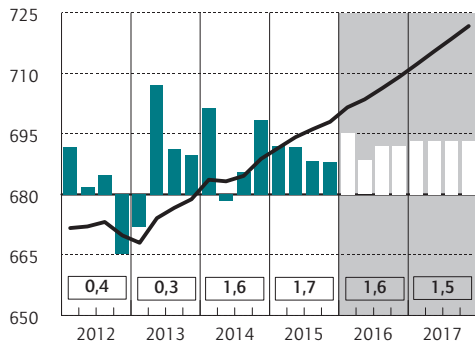
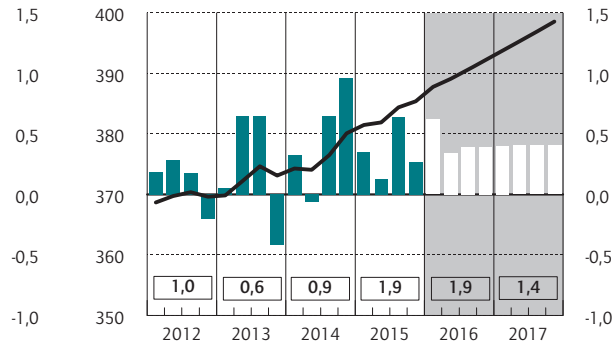
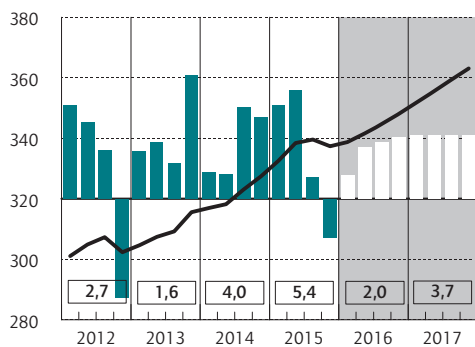
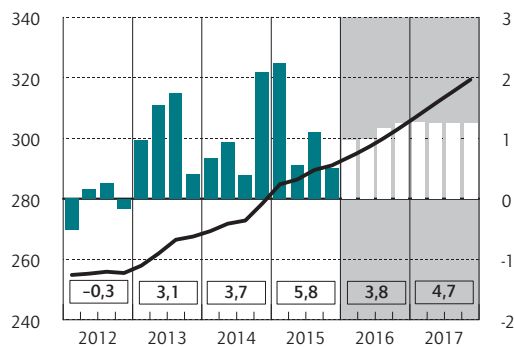
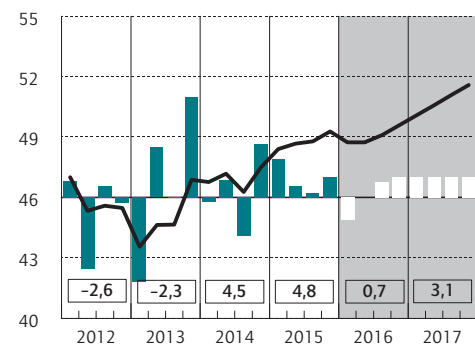
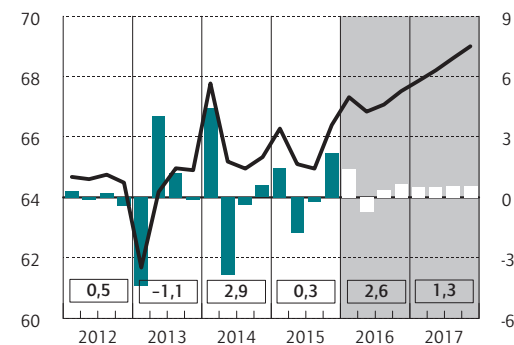
Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, besonders stark in den Bereichen „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, die teils durch Bedarfe hinsichtlich der Flüchtlingsmigration geprägt sind, im Handel und Gastgewerbe sowie bei den Unternehmensdienstleistern. Zwar werden dort im Schnitt geringere Löhne gezahlt als in der Industrie, die wohl nur noch verhalten einstellen wird, in der Summe steigen die Löhne aber spürbar. Aufgrund der Knappheit am Arbeitsmarkt dürfte das Plus in diesem und im nächsten Jahr sogar ebenso hoch ausfallen wie im vergangenen Jahr, in dem der Mindestlohn die Entwicklung deutlich angeschoben hatte.

Die Zahl der Arbeitslosen wird zunächst wohl weiter sinken, wenngleich nicht mit dem Tempo des Beschäftigungsaufbaus: denn obwohl das heimische Erwerbspersonenpotential sinkt, steigt die Zahl der Erwerbspersonen. Wie in den vergangenen Jahren liegt dies in diesem Jahr – im jahresdurchschnittlichen Vergleich – vor allem an der Migration aus EU-Staaten; ab der Jahresmitte dürfte sich aber bemerkbar machen, dass nach und nach viele Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten. Deswegen dürfte der Zuwachs der Erwerbspersonen im kommenden Jahr den Beschäftigungsaufbau übertreffen. Die Arbeitslosenquote sinkt in diesem Jahr auf 6,2 Prozent, steigt im kommenden Jahr aber auf 6,6 Prozent (Tabelle 2).

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Der private Verbrauch profitiert von der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Hinzu kommen die ölpreisbedingt (Kasten 1) zuletzt erneut gesunkene Teuerung – die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr bei 0,5 Prozent liegen – sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigra-

tion. Diese Effekte befeuern den privaten und teils den öffentlichen Konsum, wenngleich sie im späteren Verlauf an Bedeutung verlieren und die Konsumdynamik auch deswegen leicht an Schwung einbüßt.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,1	0,6	0,3	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,5	0,7	0,5	1,0	0,8	0,7	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	-0,6	0,1	1,5	0,4	-0,3	0,5	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Ausrüstungen	1,9	0,6	0,2	1,0	-1,1	0,0	0,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	1,4	-1,8	-0,2	2,2	1,4	-0,7	0,3	0,7	0,5	0,5	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	0,0	-0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,6	-0,2	0,6	0,8	0,8	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,5	1,8	0,3	-0,6	0,4	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
Import	2,2	0,6	1,1	0,5	1,0	1,0	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab ersten Quartal 2016.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 032	43 487	43 769
Erwerbslose, ILO	2 223	2 182	2 092	1 950	1 860	2 058
Arbeitslose, BA	2 897	2 950	2 898	2 795	2 738	2 923
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,4	5,2	5,0	4,7	4,4	4,8
Arbeitslosenquote, BA ²	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2	6,6
Verbraucherpreise ³	2,0	1,5	0,9	0,2	0,5	1,5
Lohnstückkosten ⁴	3,1	2,0	1,6	1,7	2,3	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-2,4	-3,1	8,9	19,4	15,9	11,4
In Prozent des BIP	-0,1	-0,1	0,3	0,6	0,5	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,0	6,8	7,3	8,5	8,6	8,7

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die deutschen Ausfuhren stagnierten zu Jahresbeginn. Im weiteren Verlauf nehmen sie aber etwas Tempo auf, denn die Nachfrage auf vielen ausländischen Absatzmärkten dürfte ab dem Frühjahr wieder spürbarer zulegen (vgl. den ersten Bericht in dieser Ausgabe). Die weltwirtschaftliche Dynamik bleibt allerdings schwächer als bislang erwartet. Vor allem deswegen wird die deutsche Wirtschaft im jahresdurchschnittlichen Vergleich mit 1,6 Prozent

etwas schwächer expandieren als im Winter prognostiziert. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum 1,5 Prozent betragen; ohne den Wegfall zweier Arbeitstage würde die Rate um zwei Zehntel höher liegen.

Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten waren im vergangenen Jahr annähernd normal ausgelastet; dies wird auch im Prognosezeitraum der Fall sein. Das Umfeld

für Investitionen in Ausrüstungen hellt sich aber nur allmählich auf. Seit Mitte vergangenen Jahres haben Unternehmen ihre investiven Ausgaben in Deutschland eingeschränkt; dies dürften sie zunächst fortsetzen, denn die Ausfuhren in wichtige Abnehmerländer legen nur schleppend zu und auch die Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung in China und die hiermit verbundenen Auswirkungen auf die Weltkonjunktur oder die Debatten um den Zusammenhalt der Europäischen Union dürften die investiven Ausgaben vorübergehend noch dämpfen. Bei einer zunehmend stabileren Entwicklung der Auslandsnachfrage werden die Investitionen allerdings ab der Jahresmitte 2016 verhalten ausgeweitet. In der Industrie sind die Kapazitäten mittlerweile sogar leicht überdurchschnittlich ausgelastet, und auch von den expandierenden Dienstleistungsbranchen und der Bauwirtschaft dürften positive Impulse ausgehen. Die Bauinvestitionen, allen voran im Wohnungsbau, entwickeln sich durchweg dynamisch. Die Investitionen im Wohnungsbau bleiben im Prognosezeitraum als Anlageform aber gefragt.

Trotz hoher Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten in Höhe von 15 Milliarden Euro in diesem Jahr und 18 Milliarden Euro im kommenden Jahr dürfte die öffentliche Hand einen Überschuss von knapp 16 Milliarden Euro im Jahr 2016 und gut elf Milliarden Euro im Jahr 2017 ausweisen – vor allem bei den Gebietskörperschaften gehen sie zurück. Besonders dynamisch steigen die Einnahmen bei den Sozialbeiträgen.

Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland liegen in einer fortgesetzten Abkühlung der Weltkonjunktur, die die offene deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde, aber auch in möglichen Verwerfungen im Falle eines Auseinanderdriftens der Europäischen Union. Zudem hängt die Prognose stark von den Setzungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration ab (Kasten 2).

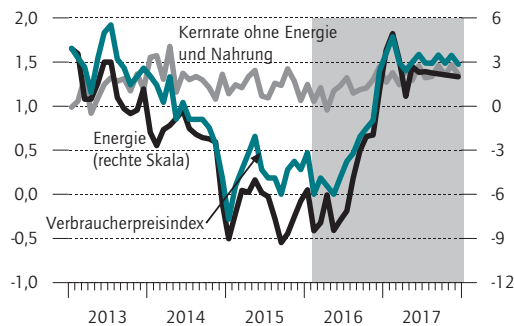
Energiepreise dämpfen weiter die Inflation

Die Verbraucherpreise lagen im Februar auf dem Niveau des Vorjahresmonats. Vor allem die Energiepreise haben die Inflation gedrückt: sie waren 8,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Kerninflation, also die Teuerung ohne Energie und Nahrung, lag mit 1,1 Prozent nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 2).

Die Energiepreise sind – unterbrochenen nur von einer kurzen Erholung im vergangenen Jahr – seit Ende 2013 um nahezu ein Fünftel gesunken (Abbildung 3). Vor dem Hintergrund eines annahmegemäß leicht steigenden Ölpreises wird sich Energie im Prognosezeitraum zwar leicht verteuern (Kasten 1). Die Energiepreise wer-

Abbildung 2

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex In Prozent gegenüber dem Vorjahr



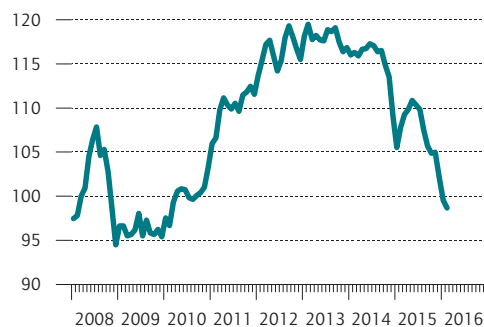
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2016

Die Energiepreise dominieren die Entwicklung der Verbraucherpreise.

Abbildung 3

Energiepreisindex Index 2010 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2016

Die Energiepreise haben ihren Abwärtstrend zuletzt fortgesetzt.

den aber etwa bis Jahresende 2016 unter ihrem jeweiligen Vorjahresniveau liegen und damit die Teuerung im laufenden Jahr noch deutlich dämpfen.

Die Kerninflation dürfte im Prognosezeitraum leicht anziehen. Sobald die auf der Kostenseite entlastenden Effekte bei den Aufwendungen für Energie abklingen, dürften sich in den Preisen Kostensteigerungen an anderer Stelle – insbesondere bei den Lohnkosten – mehr und mehr bemerkbar machen. Die Inflation ohne Ener-

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2016 bei 0,2 Prozent und steigen im kommenden Jahr nur geringfügig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 1. März. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die einen

moderaten Anstieg im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,4 Prozent zu, im kommenden Jahr um 2,5 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Im Jahr 2016 wird der Grundfreibetrag erhöht und das Kindergeld wird angehoben. Zudem dürften die von der Politik für die gesamte Legislaturperiode angekündigten Mittel für investive Maßnahmen zu vermehrten Ausgaben führen – insbesondere auf Bundesebene. Außerdem dürfte die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen ebenfalls mit Mehrausgaben einhergehen. Im kommenden Jahr werden allerdings weniger Mittel für den Ausbau von Kita-Plätzen fließen; diese Ausgaben waren in den Jahren 2015 und 2016 aufgestockt worden.

Restriktiv wirken auch die Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2016 sowie die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des kommenden Jahres. Letzterem steht allerdings eine Ausweitung der Leistungen gegenüber. Alles in allem wird der finanzpolitische expansive Impuls in diesem Jahr bei 0,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 0,1 Prozent.

In der Wirkung wird die Finanzpolitik allerdings deutlich expansiver ausgerichtet sein. In beiden Jahren werden vermehrt Ausgaben anfallen, die durch den großen Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und die sich anschließenden Asylverfahren bedingt sind (Kasten 2).

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2015	2016	2017
EZB-Leitzins	Prozent	0,1	0,1	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,0	–0,1	0,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,0	0,8	1,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,5	0,2	0,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,10	1,10
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	2,4	2,3	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	53,1	38,4	43,0
Erdölpreis	Euro/Barrel	47,8	35,1	39,2

© DIW Berlin 2016

gie und Nahrungsmittel wird in diesem Jahr bei 1,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent. Insgesamt bleibt die Verbraucherpreisinflation in diesem Jahr bedingt durch den Preisrückgang bei Energie mit 0,5 Prozent niedrig. Im kommenden Jahr steigt sie voraussichtlich auf 1,5 Prozent.

Beschäftigungsaufschwung verliert etwas an Tempo – Arbeitslosigkeit nimmt zu

Der kräftige Beschäftigungsaufschwung hat sich bis zuletzt fortgesetzt (Abbildung 4). Die Arbeitslosigkeit baute sich weiter ab, aber nur gemächlich, da die Zahl der Erwerbspersonen erneut stark zunahm. Die Wanderungsgewinne übertrafen den leichten Rückgang beim heimischen Erwerbspersonenpotenzial deutlich. Weiterhin zieht es – wenngleich mit nachlassenden Zuwachsraten – Arbeitskräfte aus der EU, insbesondere aus den Beitritts-

ländern, auf den deutschen Arbeitsmarkt.¹ Zudem machte sich nach und nach die vermehrte Asylwanderung bemerkbar. Beim heimischen Erwerbspersonenpotential wurde der schon lange anhaltende, demografisch bedingte Schrumpfungsprozess 2015 erstmals nicht mehr durch eine vermehrte Erwerbsbeteiligung aufgefangen; die Erwerbsquote stagnierte zuletzt. Das hängt auch mit der Mitte 2014 eingeführten Rente mit 63 zusammen.²

Weiterhin nahm nur die abhängige Beschäftigung zu, und hier die sozialversicherungspflichtige – und zwar kräftig. Die Zahl der Mini-Jobs nahm dagegen ab. Durch

¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, Februar 2016.

² Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt. Nürnberg 2015.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2015

	2016	2017
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–2,4
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	–4,6	–4,4
Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus		0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,0	0,0
Ausweitung der LkW-Maut	0,3	0,3
zusätzliche investive Ausgaben ³	–2,6	–1,4
Erhöhung der BAföG-Leistungen	–0,1	–0,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte		2,6
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2016 um 0,3 Prozentpunkte	4,0	4,1
2. Pflegeverstärkungsgesetz		–5,4
Krankenhausstrukturgesetz	–0,8	–1,6
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,6	–1,3
Insgesamt	–5,6	–9,8
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,2	–0,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.² Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013.³ Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns mussten bei vielen Mini-Jobs die Entgelte angehoben werden; die Privilegierung dieser Beschäftigungsform bei den Steuern und Abgaben kommt daher kaum noch zum Tragen. Rückläufig war ebenfalls die selbständige Beschäftigung. Weiter geschrumpft ist insbesondere die Zahl der Alleinunternehmer; angesichts der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung einer Existenzgründung vorgezogen.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich im Prognosezeitraum fort – aber mit geringerer Geschwindigkeit (Tabelle 3). Denn es kommt zu einer anziehenden Produktivität, da sich die Wertschöpfung hin zu den leistungsfähigeren Wirtschaftszweigen verschiebt. Getragen wird der Aufbau weiterhin von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, während die Mini-Jobs wegen ihrer

geringeren Attraktivität weiter an Bedeutung verlieren. Weil zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs angeboten werden, könnte die selbständige Beschäftigung weiter etwas an Bedeutung verlieren.

Das heimische Erwerbspersonenpotenzial nimmt nochmals leicht ab. Infolge der Wanderungen wächst die Zahl der Erwerbspersonen in diesem und im nächsten Jahr aber kräftig. Weitere Wanderungsgewinne stellen sich im Bevölkerungsaustausch mit den anderen EU-Staaten ein – wenngleich sie nicht mehr ganz so hoch ausfallen werden wie 2014. Abschwächen dürfte sich insbesondere die Netto-Zuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten, während wegen der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit vermehrt Arbeitskräfte aus Kroatien kommen dürften. Überdies erhalten immer mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis. Schwer zu kalkulieren ist allerdings, in welchem

Kasten 2

Zuwanderungen von Asylbewerbern

Ab Sommer vergangenen Jahres legte der schon zuvor stetig gewachsene Strom an Asylsuchenden enorm zu. Der monatliche Spitzenwert wurde im November erreicht, danach ging die Zahl der Asylsuchenden zwar erheblich zurück, blieb aber immer noch vergleichsweise hoch. Unklar ist, inwieweit es sich hierbei um einen witterungsbedingten Rückgang handelte oder in welchem Maße die Erklärung aller Balkanländer zu sicheren Herkunftsländern ins Gewicht fiel. Eine Rolle könnte auch gespielt haben, dass die Erwartungen mancher in Deutschland angekommenen Asylbewerber enttäuscht wurden und dies zurückgebliebenen Verwandten oder Bekannten mitgeteilt wurde.

Im gesamten vergangenen Jahr wurden im Verfahren der erstmaligen Registrierung (EASY-Verfahren) 1,09 Millionen potentielle Asylbewerber bei der Einreise gezählt; im Januar dieses Jahres waren es 78 000 und im Februar 61 000. Weil von Doppelzählungen, Weiter- und Rückwanderungen auszugehen ist, dürfte die Zahl der tatsächlichen Asylbewerber geringer sein – angenommen wird, dass 15 Prozent der im EASY-Verfahren erfassten Personen keinen Antrag auf Asyl stellen.

Wie sich der Zustrom an Asylbewerbern weiter entwickeln wird, ist gegenwärtig kaum abzuschätzen. Auf europäischer Ebene ist die Lage politisch unklar: Deutschland tritt für offene Grenzen ein, die Staaten auf der Balkanroute haben dagegen ihre Grenzen inzwischen geschlossen. Über die Frage der Verteilung der Asylbewerber besteht Uneinigkeit unter den EU-Staaten. Derzeit sind Verhandlungen mit der Türkei über die Begrenzung der Asylwanderungen noch nicht abgeschlossen. Ungewiss ist ebenfalls, ob sich die Wanderungsbereitschaft aus den Flüchtlingslagern im Nahen Osten verändert und ob sich neue Wanderungsströme aus anderen Gebieten (etwa Nordafrika) herausbilden. In solch einer Situation können Prognosen über die weitere Entwicklung nur auf der Basis von Setzungen erstellt werden. Angenommen wird, dass in diesem Frühjahr aufgrund des mildernden Wetters der Zustrom an Asylbewerbern für kurze Zeit wieder zunimmt, aber deutlich hinter den Zahlen von letztem Herbst zurückbleibt. Anfang des Sommers kommt es zu einer

starken Abschwächung. Am Ende dieses Jahres beläuft sich die Zahl der monatlich ankommenden Personen, die tatsächlich Asyl begehren werden, noch auf 39 000. Im nächsten Jahr werden es jeweils konstant monatlich 36 000 Personen sein. Für das gesamte Jahr 2016 ergibt sich somit ein Zugang von 680 000 Personen und für 2017 von knapp 430 000.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Für die Abschätzung der Folgen für den Arbeitsmarkt ist allein die Zahl der zusätzlich zu erwartenden Erwerbspersonen von Interesse – also solcher Personen, die eine Arbeitserlaubnis erhalten. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um diejenigen, die nach Abschluss ihres Asylverfahrens einen Aufenthaltsstatus für Deutschland (Rechtsstellung als Flüchtling, Gewährung einer Duldung oder eines Abschiebeverbotes) zuerkannt bekommen. Es gibt allerdings einige Sonderregelungen – angenommen wird daher, dass ein kleiner Teil derjenigen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, einem Job nachgeht.

Da die anerkannten Asylbewerber die zentrale Größe sind, muss abgeschätzt werden, wie viele davon überhaupt im erwerbsfähigen Alter sind. Angenommen wird, dass sich die anerkannten Asylbewerber in ihrer Altersstruktur nicht von allen Asylbewerbern unterscheiden – für die entsprechende Informationen vorliegen. Demnach sind 74 Prozent im Alter von 15 bis 64 Jahren. Zudem sind Annahmen über die Erwerbsquote der anerkannten Asylbewerber zu treffen. Werden die Zuwächse bei den von der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Erwerbsfähigen, Beschäftigten und Arbeitslosen mit der Staatsangehörigkeit der Heimatländer wichtiger Flüchtlingsgruppen als Orientierungsgröße herangezogen, kann unterstellt werden, dass von den Personen im erwerbsfähigen Alter zwei Drittel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Ferner ist abzuschätzen, wie sich die Zahl der anerkannten Asylbewerber entwickelt. Weil es derzeit eine große Zahl von in Deutschland eingereisten Personen gibt, die noch gar keinen

Ausmaß die asylbedingte Arbeitsnachfrage anzieht; die Prognose basiert außerordentlich stark auf Setzungen (Kasten 2).

Ab diesem Sommer dürfte das Arbeitskräfteangebot stärker zunehmen als die Arbeitskräftenachfrage, so dass die Zahl der Arbeitslosen steigt. Im nächsten Jahr wird sich der Aufbau der Arbeitslosigkeit nochmals etwas beschleunigen, so dass zum Ende des Jahres 2017

der Wert von 3 Millionen erreicht werden dürfte. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung wird 2016 die Zahl der Arbeitslosen um 60 000 geringer ausfallen als im Vorjahr, 2017 wird das Vorjahresergebnis um 180 000 übertroffen.

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt hatte sich der Lohnanstieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nicht beschleunigt; die Lohnquote ist sogar etwas ge-

Asylantrag gestellt haben und weil sich überdies eine etwa ebenso große Zahl – 400 000 – noch nicht abgeschlossener Asylverfahren angehäuft hat, kommt es vor allem auf die Annahmen über die weiteren Verfahrensfortschritte an. Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren hatte schon im vergangenen halben Jahr stetig zugenommen; im Februar kam es zu knapp 52 000 abschließenden Entscheidungen. Da in den zuständigen Behörden weiterhin das Personal aufgestockt wird, dürfte die Zahl bis zum Jahresende auf 75 000 steigen. Angenommen wird, dass dieser Wert monatlich auch 2017 gehalten wird.

Schließlich muss noch eine Annahme darüber getroffen werden, wie groß der Anteil derjenigen an allen Asylbewerbern ist, die einen Schutzstatus erhalten. Diese Schutzquote ist seit Mitte vergangenen Jahres dem Trend nach gestiegen – was auf eine veränderte Zusammensetzung der Gruppe der Asylbewerber zurückzuführen ist. So hat sich deren Struktur immer mehr hin zu den Personen aus den nahöstlichen Kriegsgebieten verschoben – und diesen wird in aller Regel Asyl gewährt. Dieser Trend dürfte anhalten, da inzwischen alle Balkanstaaten als sichere Herkunftsgebiete gelten, so dass immer weniger Asylsuchende mit der Staatsangehörigkeit dieser Länder kommen. Unterstellt wird, dass die Schutzquote bis Ende dieses Jahres auf 75 Prozent steigt; Ende 2017 beträgt sie 80 Prozent.

Bei all diesen Setzungen ergibt sich für dieses Jahr ein asylbedingter Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential von 194 000 und 2017 von 341 000 Personen.

Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland hinterlässt seine Spuren in den öffentlichen Haushalten. Dabei entstehen bereits ab dem Grenzübertritt Kosten für die öffentliche Hand; neben administrativen Kosten müssen die Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Vor allem im vergangenen Jahr fielen zudem Ausgaben an, weil die bisherigen Kapazitäten für die Unterbringung der Menschen erhöht werden müssen. Dies

ist auch noch im laufenden Jahr der Fall.¹ Auch muss Personal im öffentlichen Sektor aufgestockt werden. Später müssen vermehrt Mittel in Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen für die Zuwanderer fließen. Je nach Stand – vor Beginn, während oder nach Abschluss – des Asylverfahrens ist der Anspruch der Geflüchteten bei den monetären oder sachlichen Leistungen unterschiedlich. Neben verschiedenen laufenden Transfers zum Lebensunterhalt sind dies auch andere Leistungen, beispielsweise für Wohnkosten. Anerkannte Asylbewerber haben Anspruch auf Kindergeld, geduldete Asylbewerber erhalten hingegen geringere Leistungen. Zudem ist die Höhe von Transferleistungen nach deutschem Recht zumeist nach dem Familienstand differenziert.²

Die Schätzung der mit der Zuwanderung verbundenen Ausgaben ist daher komplex und beruht auf einer Vielzahl von Setzungen und Annahmen beispielsweise hinsichtlich der Verfahrensdauer oder hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der Geflüchteten nach Alter und Geschlecht. Alle diese Annahmen haben einen erheblichen Einfluss auf die in dieser Prognose bezifferten Ausgaben der öffentlichen Hand.

Für das Jahr 2016 werden auf Grundlage der getroffenen Annahmen und Setzungen Bruttokosten von 15 Milliarden Euro geschätzt; für das Jahr 2017 werden 18,3 Milliarden Euro veranschlagt. Dem stehen allerdings auch Einnahmen gegenüber. Zu Beginn ist es vor allem der zusätzliche Konsum, der zu höheren Einnahmen bei den Verbrauchsteuern führt. Wenn die Migranten eine Beschäftigung gefunden haben und Lohnsteuer und Sozialbeiträge entrichten, werden die Einnahmen nach und nach zunehmen. Die Mehreinnahmen lassen sich der Migration aber nur schwer zuordnen.

¹ Dabei handelt es sich allerdings nur in geringem Umfang um staatliche Investitionen. Der größte Teil dieser Ausgaben dürfte konsumtiver Natur sein, beispielsweise Mieten für Container.

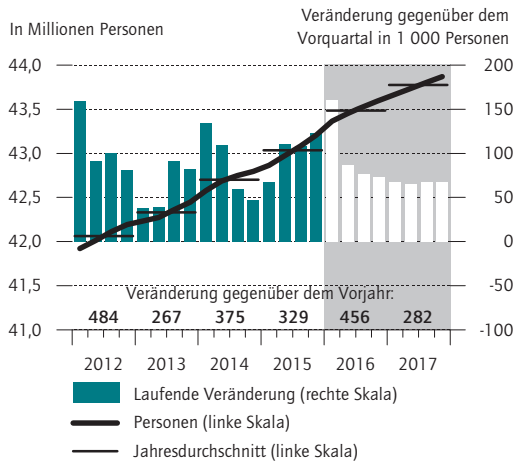
² Zu den unterschiedlichen Annahmen vgl. Fichtner, F. et al. (2015): Herbstgrundlinien 2015. 842 f. oder van Deuverden, K. (2015): Finanzpolitik: Haushaltsspielräume werden enger – umso wichtiger sind jetzt richtige Ausgabeentscheidungen. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2015, 1220 f.

sunken. Machte sich bei den Stundenlöhnen zu Beginn des letzten Jahres noch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes bemerkbar, wurde danach die Entwicklung von den vergleichsweise schwachen tariflichen Anhebungen der Stundenlöhne bestimmt. Im vergangenen Jahr betrug die tarifliche Lohnsteigerung 2,4 Prozent – und damit 0,6 Prozentpunkte weniger noch als 2014. Die effektiven Bruttostundenlöhne stiegen 2015 mit derselben Rate. Ohne den Mindestlohn wäre die Lohndrift

folglich negativ gewesen. Weil die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ausgeweitet wurde, zogen die je Arbeitnehmer gezahlten Entgelte etwas stärker an – brutto um 2,9 Prozent und netto um 2,6 Prozent.

Die weiter zunehmende Beschäftigung stärkt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen. Die im Prognosezeitraum wieder anziehende Arbeitslosigkeit dürfte dem kaum entgegenwirken,

Abbildung 4

Erwerbstätige

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich etwas verlangsamt fort.

da sie sich vor allem auf das Segment einfacher Arbeit konzentrieren wird. Entscheidend ist aber die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften. In einigen Tarifbereichen wie dem öffentlichen Dienst der Länder, der Eisen- und Stahlindustrie und dem Einzelhandel sind bereits bis ins kommende Jahr hinein Tarifsteigerungen vereinbart worden. Diese Abschlüsse laufen auf eine Abschwächung des Lohnauftriebs hinaus. In den nächsten Monaten wird über Lohnanhebungen in anderen wichtigen Bereichen entschieden – wie dem öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden, der Metall- und Elektroindustrie oder dem Bauhauptgewerbe. Zum Teil sind die Forderungen recht hoch, zum Teil deuten sie darauf hin, dass ihnen nur moderate Lohnanhebungen folgen werden.

Zu erwarten ist, dass 2016 die tariflichen Lohnanhebungen im gewichteten Mittel etwas hinter denen des Vorjahres zurückbleiben. Wegen der zusätzlichen Nachfrage nach Arbeitskräften dürften die Effektivlöhne aber stärker zunehmen, so dass die Bruttostundenlöhne wie zuvor um 2,4 Prozent zulegen. Im nächsten Jahr dürfte der Lohnauftrieb mit 2,7 Prozent stärker ausfallen. Die je Arbeitnehmer geleistete Arbeitszeit legt weiter zu, so dass sich bei den Löhnen je Arbeitnehmer für 2016 ein Zuwachs von 2,7 Prozent und für 2017 von 2,9 Prozent ergibt.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2013	2014	2015	2016	2017
Erwerbstätige im Inland	42,33	42,70	43,03	43,49	43,77
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,46	4,40	4,30	4,25	4,21
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,73	30,22	30,86	31,48	31,88
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,90	1,91	1,93	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,02	5,03	4,85	4,71	4,59
Sonstige	1,23	1,15	1,11	1,12	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,06	-0,07	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	42,27	42,64	42,96	43,42	43,71
Erwerbslose	2,18	2,09	1,95	1,86	2,06
Erwerbspersonen	44,45	44,73	44,91	45,28	45,76
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,95	2,90	2,79	2,74	2,92
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,9	6,7	6,4	6,2	6,6
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	9,0	8,8	8,3	8,0	8,4
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,9	4,7	4,3	4,1	4,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,2	5,0	4,7	4,4	4,8
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,41	39,74	39,98	40,28	40,56

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Konsum expandiert kräftig

Die privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr ihren Konsum so stark ausgeweitet wie in den vorangegangenen anderthalb Jahrzehnten nicht. Auch wenn dies teils durch die massiv gesunkenen Ölpreise und einmalige Impulse durch die Leistungsausweitungen bei der Rentenversicherung begünstigt wurde, dürfte sich die kräftige Dynamik zunächst fortsetzen. Denn die Lohnsteigerungen halten an und der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, wenngleich er im weiteren Verlauf etwas Fahrt verliert. Zudem stützen zum Auftakt des laufenden Jahres erneut deutlich gesunkene Energiepreise die Kaufkraft der Verbraucher und Zahlungen im Zusammenhang mit der Anhebung des Grundfreibetrages³ erhöhen die verfügbaren Einkommen. Hinzu kommen spürbare Rentenanhebungen jeweils zur Mitte des Jahres und mehr und mehr auch Sozialleistungen, die den Geflüchteten zufließen.

Allerdings gibt es auch dämpfende Faktoren: Bereits zum Jahresende 2015 hatte der private Konsum Fahrt verloren. Dies lag auch an einem deutlichen Anstieg der

3 Die Anhebung des Grundfreibetrages zu Beginn dieses Jahres entlastet die Verbraucher; vor allem ins Gewicht fällt jedoch, dass die Entlastung im vergangenen Jahr erst mit den Dezembergehältern rückwirkend für das ganze Jahr vorgenommen wurde. Dies dürfte teils auch im Folgenden konsumtiv verausgabt werden.

Sparquote. Teils könnte dies die Nachzahlungen im Zusammenhang mit der Anhebung des Grundfreibetrags widerspiegeln (Fußnote 3), möglicherweise steht der Anstieg der Sparquote auch im Zusammenhang mit einer merklichen Stimmungseintrübung bei den Verbrauchern: Trotz einer aktuell guten Einkommensentwicklung blicken sie seit Herbst vergangenen Jahres mit zunehmender Skepsis in die Zukunft. Vor allem Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes haben zugenommen. Angenommen wird, dass die Zunahme der Arbeitslosenzahlen im späteren Verlauf, insbesondere im kommenden Jahr, zu weiteren, leichten Anstiegen der Sparquote führt. Hinzu kommen weitere Belastungen, etwa die Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Einkommen der privaten Haushalte entwickeln sich weiter kräftig: die Lohnsumme steigt wie in den vergangenen Jahren um etwa vier Prozent; netto verbleibt ein geringerer Zuwachs – in diesem Jahr vor allem, weil die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge aufgrund der Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages zur Krankenversicherung steigen. Im kommenden Jahr schlägt zu Buche, dass die Progression nicht durch die Anhebung des Freibetrages gemindert wird und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben wird. Die monetären Sozialleistungen legen in beiden Jahren spürbar zu: dies liegt einerseits an den kräftigen Rentenanhebungen, andererseits an den steigenden Transfers an Geflüchtete. Zudem dürften wie im vergangenen Jahr die Betriebsüberschüsse und insbesondere die Selbstständigeneinkommen zulegen; die Vermögenseinkommen werden dagegen wohl erneut dämpfen. Zwar profitieren die privaten Haushalte von niedrigen Kreditzinsen, dem stehen aber etwa gedämpfte Einkommen aus festverzinslichen Anlagen gegenüber. Alles in allem legen die verfügbaren Einkommen in beiden Jahren des Prognosezeitraums um jeweils gut drei Prozent kräftig zu.

Die Teuerung bleibt zwar gering, fällt aber im kommenden Jahr deutlich höher aus als in diesem. Die realen Einkommen legen in diesem Jahr mit 2,3 Prozent daher stärker zu als im Jahr 2017, in dem sie um gut 1,7 Prozent steigen. Demgegenüber schränkt die zunehmende Ersparnisbildung in diesem Jahr die Ausgaben deutlicher ein als im kommenden Jahr. Der private Konsum dürfte dieses Jahr wie im Vorjahr um 1,9 Prozent steigen, im kommenden Jahr um fast anderthalb Prozent.

Der öffentliche Konsum trägt ebenfalls spürbar und deutlich stärker als im langjährigen Mittel zum Wachstum bei. Auch ins Gewicht fallen hier die Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen (Kasten 2); diese Impulse schwächen sich zum Ende des Prognosezeitraums hingegen ab.

Ausrüstungsinvestitionen: Unternehmen in Wartestellung

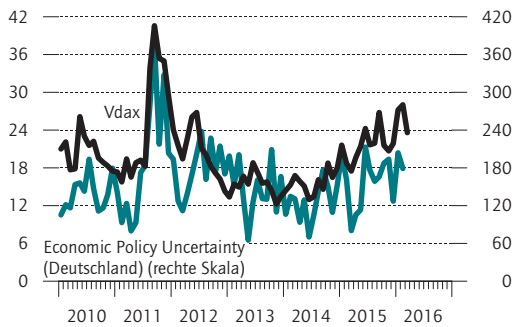
Die Investitionstätigkeit der Unternehmen nimmt, trotz einer zeitweilig positiven Entwicklung im vergangenen Winterhalbjahr und immer wieder signalisierter Investitionsbereitschaft im verarbeitenden Gewerbe, keine Fahrt auf. Zwar wurden die Anschaffungen neuer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im Jahr 2015 um knapp fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet – dies lag allerdings in erster Linie am positiven Jahresauftakt und im zweiten Halbjahr an einer erheblichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen, zu denen jetzt auch Militärausgaben gezählt werden. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich demgegenüber seit Frühjahr 2015 schwach und waren im dritten und vierten Quartal sogar rückläufig. Die Investitionen in sonstige Anlagen entwickelten sich stabil.

Die Investitionen werden auch im Prognosezeitraum nur zögerlich ausgeweitet. Im Vergleich zu den hohen öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr 2015 fallen diese zum Jahresbeginn 2016 deutlich geringer aus; deswegen ist für die Ausrüstungen insgesamt zunächst sogar mit einem Rücksetzer zu rechnen. Dabei ist die Erholung der privaten Investitionstätigkeit bereits berücksichtigt, so wie sie sich am aktuellen Rand bei den Inlandsumsätzen von Investitionsgüterherstellern abzeichnet. Für das zweite Quartal sind die Aussichten nur etwas besser: Die Auftragseingänge haben lange stagniert, lassen zuletzt aber wieder auf eine zunehmende Investitionstätigkeit schließen. Die Geschäftsaussichten unter den Investitionsgüterherstellern lassen eine verhaltene Entwicklung erwarten. Wesentliche Gründe für die derzeitige Investitionszurückhaltung dürften neben der gesunkenen Industrieproduktion auch die eingetrübten Absatzerwartungen im Ausland sein. Es belasten wohl die Sorgen um die weitere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft, die Krisen im Nahen Osten, die Spannungen mit Russland und nicht zuletzt die weiterhin ungelösten Fragen zum Zusammenhalt der Europäischen Union. Deutlich sichtbar ist diese Verunsicherung auf den Finanzmärkten – so hat die Volatilität des DAX im Februar den höchsten Stand seit Mitte des Jahres 2012 erreicht. Auch haben sich Maße für die wirtschaftspolitische Unsicherheit⁴ im Schlussquartal des vergangenen Jahres deutlich erhöht (Abbildung 5).

⁴ Ein etabliertes Maß ist der sogenannte „Economic Policy Uncertainty“ Index. Dieser misst wirtschaftspolitische Unsicherheit, indem er die Anzahl der Zeitungsartikel in wichtigen Tageszeitungen zählt, in denen bestimmte Begriffe wie „Unsicherheit“ in Zusammenhang mit wirtschaftspolitisch relevanten Themen genannt werden, vgl. Baker, S. R., Bloom, N., & Davis, S. J. (2015): Measuring economic policy uncertainty. National Bureau of Economic Research Working Paper 21633.

Abbildung 5

Wirtschaftspolitische Unsicherheit und Volatilität des DAX



Quellen: Baker, Bloom & Davis (2015); Datastream.

© DIW Berlin 2016

Vor allem die Unsicherheit unter Anlegern ist zuletzt wieder erheblich gestiegen.

Bei abflauernder Verunsicherung werden die Investitionen in Ausrüstungen ab der zweiten Jahreshälfte nach und nach ausgeweitet. Laut Order-Capacity-Index gibt es einen Bestellüberhang bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Auch sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin ausgesprochen günstig und die binnenwirtschaftliche Nachfrageentwicklung bleibt dynamisch. Vor diesem Hintergrund ist mit einer leichten Steigerung der Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge für das laufende Jahr von rund einem halben Prozent zu rechnen. Dafür sprechen auch die Investitionsabsichten der vom DIHK befragten Unternehmen, die insgesamt ein Niveau leicht über dem Vorjahr nahelegen. Die sonstigen Investitionen werden um gut 2,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2015 ausgeweitet. Die Dynamik wird sich im Jahr 2017 beschleunigen. Dann ist mit einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um gut drei Prozent und der sonstigen Investitionen um erneut rund 2,5 Prozent zu rechnen. Auch am Ende des Prognosezeitraums wird die Investitionsquote allerdings weiterhin unterhalb des vor der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachteten Niveaus liegen.

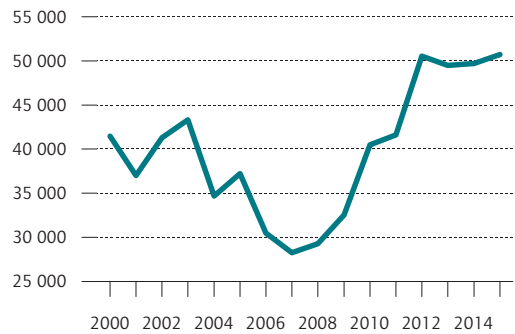
Bauwirtschaft legt eine Schippe drauf

Die Bauinvestitionen sind angesichts der günstigen Rahmenbedingungen weiterhin aufwärtsgerichtet. Im vergangenen Jahr profitierte vor allem der Wohnungsbau – insbesondere im Schlussquartal stieg die Wohnungsbauleistung kräftig. Der Wirtschaftsbau legte ebenfalls, auch bedingt durch die kurzfristige Nachfrage nach Unterbringungen für Flüchtlinge, zum Jahresende hin deutlich zu. Begünstigt wurde diese Entwicklung von äußerst milder Witterung – im Schlussquartal kam es praktisch

Abbildung 6

Veräußerte Baufläche in Wohngebieten

In 1000 qm



Quellen: Statistisches Bundesamt; Hochrechnung des DIW Berlin für 2015.

© DIW Berlin 2016

Seit 2012 stagnieren die Baulandveräußerungen bei stark steigender Neubaugnachfrage.

zu keinerlei Behinderungen der Bautätigkeit. Auch die Witterung zu Beginn des laufenden Jahres ist günstig. Für alle Bausparten ist daher mit einem kräftigen Start in das Jahr 2016 zu rechnen.

Der Wohnungsbau – insbesondere der Neubau – dürfte im Prognosezeitraum weiter kräftig expandieren. Auftragslage und Entwicklung sind günstig, das Volumen der genehmigten Wohnungsbauvorhaben ist im zweiten Halbjahr 2015 deutlich gestiegen⁵ und die Nachfrage nach Wohnungen bleibt angesichts der Zuwanderung, des Niedrigzinsumfelds und der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung hoch. Auch haben sich die Geschäftserwartungen der Bauunternehmen weiter deutlich aufgehellt. Die diesjährige Dynamik wird voraussichtlich erneut durch die Witterung verzerrt. Im laufenden Jahr ist nach einem starken Auftakt mit einer deutlich geringeren Ausweitung der Bauleistungen bis in den späten Sommer zu rechnen.

Impulse kommen außerdem von der Politik. Angesichts der angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten in den Großstädten hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über steuerliche Sonderabschreibungen innerhalb der ersten drei Jahre für in den Jahren 2016 bis 2018 genehmigte Wohnungsbauvorhaben in Höhe von 35 Prozent der Baukosten verabschiedet. Allerdings dürfte diese Maßnahme in erster Linie zu Mitnahmeeffekten führen und im Prognosezeitraum die Bauproduk-

⁵ Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass am 1. Januar 2016 strengere Vorschriften im Bereich der Energieeffizienz Gültigkeit erlangt haben. Ein Teil der Baugenehmigungen dürfte angesichts der Verschärfung der Anforderungen der Energieeinsparverordnung vorgezogen worden sein.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2015	2013	2014	2015	2016	2017
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	59,9	-0,7	3,3	1,6	2,7	1,8
Nichtwohnungsbau	40,1	-1,5	2,4	-1,5	2,3	0,5
Gewerblicher Bau	28,3	-2,2	2,3	-1,4	1,5	0,0
Öffentlicher Bau	11,8	0,2	2,7	-1,6	4,4	1,4
Bauinvestitionen	100,0	-1,1	2,9	0,3	2,6	1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Weiterhin bleibt der Wohnungsbau die Stütze der Baukonjunktur.

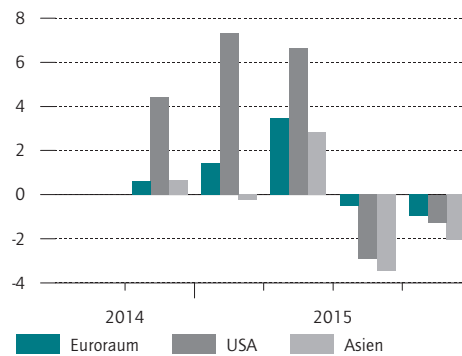
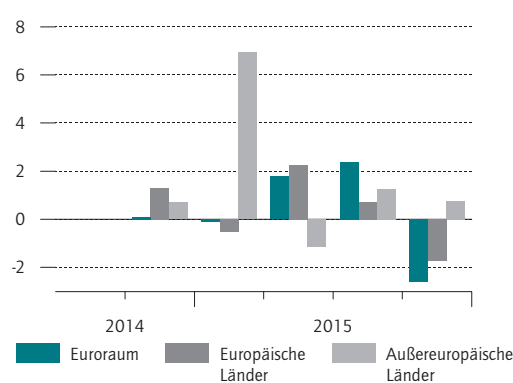
tion kaum ankurbeln. Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung ist eine vollständige Planung auf einer dazugehörigen Fläche – dies benötigt Zeit. Zudem dürfte es zunehmend Schwierigkeiten bereiten, entsprechendes Bauland zu finden, darauf deuten die Statistiken zu den veräußerten Flächen hin. Trotz deutlich steigender Nachfrage stagnieren die Baulandverkäufe seit geraumer Zeit (Abbildung 6). Auch angesichts bereits jetzt stark ausgelasteter Kapazitäten in der Bauwirtschaft wird die Subventionierung von Mietwohnbauten vor allem Preissteigerungen nach sich ziehen. Impulse für das Bestandssegment kommen von einer deutlich verbesserten Förderung energetischer Sanierungen durch die KfW. Dies wird dem Ausbaugewerbe zunehmend Aufträge verschaffen. Im laufenden Jahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen um 2,7 Prozent und 2017 um knapp 1,8 Prozent zulegen (Tabelle 4).

Die gewerblichen Bauinvestitionen profitieren derzeit von dem kurzfristigen Bedarf aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen – die benötigten Kapazitäten dürften aber bald hergestellt sein. Dennoch deuten die Auftragseingänge am aktuellen Rand auf eine Ausweitung der Bautätigkeit im ersten Halbjahr 2016. Auch die Geschäftserwartungen und die Geschäftslage werden von den Bauunternehmern deutlich besser eingeschätzt als noch Mitte vergangenen Jahres. Die Baugenehmigungen sind seit Anfang 2015 zwar aufwärtsgerichtet – dies ist den Handels- und Lagergebäuden zuzuschreiben. Sowohl die Genehmigungen von Büro- und Verwaltungsgebäuden als auch die der Produktions- und Werkstattgebäude bleiben indes rückläufig. Zusammenhängen dürfte dies auch mit der zwischenzeitlichen Schwäche der Industrieproduktion. Alles in allem werden die ge-

Abbildung 7

Außenhandel nach Regionen

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Ausfuhren**Einfuhren**

Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

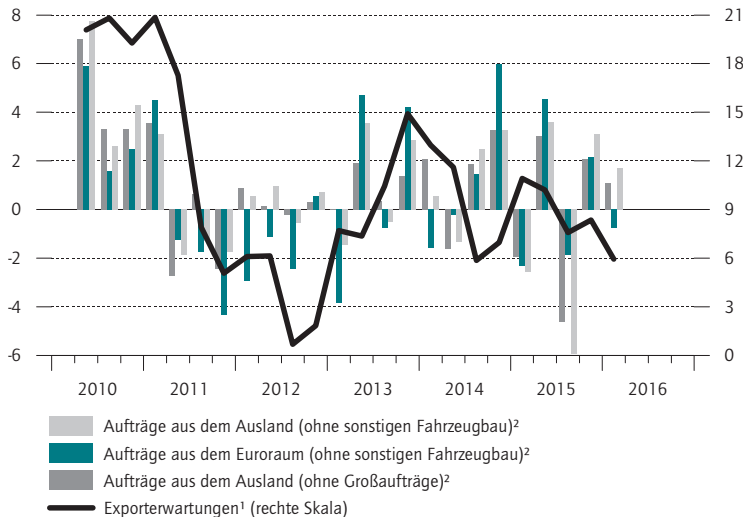
© DIW Berlin 2016

Die Exporte gingen zuletzt auf breiter Front zurück.

werblichen Bauinvestitionen gegenüber dem Jahr 2015 wohl um gut 1,5 Prozent ausgeweitet. Gleichwohl bleibt die Grunddynamik verhalten, sodass die Investitionen im Wirtschaftsbau im kommenden Jahr auf diesem Niveau stagnieren.

Der öffentliche Bau profitiert derzeit von allgemein steigenden Investitionen aller Gebietskörperschaften. Die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau und im Tiefbau deuten auf eine rege Bautätigkeit in der ersten Jahreshälfte hin – dies deckt sich auch mit der verbesserten Beurteilung der Geschäftslage und der Geschäftserwartungen der Bauunternehmen. Im laufenden Jahr werden nach wie vor Mittel in den Ausbau von Kindertagesstätten investiert. Neben der guten Kassenlage der Kommunen dürfte auch die Errichtung eines Sondervermögens für finanzschwache Gemeinden für steigende Investitionen sorgen. Auch werden zusätzliche Bundesmittel für den Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfra-

Abbildung 8

Frühindikatoren für die Exportentwicklung

Während sich die Exporterwartungen eingetrübt haben, sind die Aufträge aus dem Ausland zuletzt wieder gestiegen.

struktur bereitgestellt. In diesem Jahr wird das Niveau der öffentlichen Bauinvestitionen real um 4,4 Prozent ausgeweitet. Im kommenden Jahr ist mit einer Steigerung um 1,4 Prozent zu rechnen.

Exporte ziehen nur langsam an, Importe steigen stärker

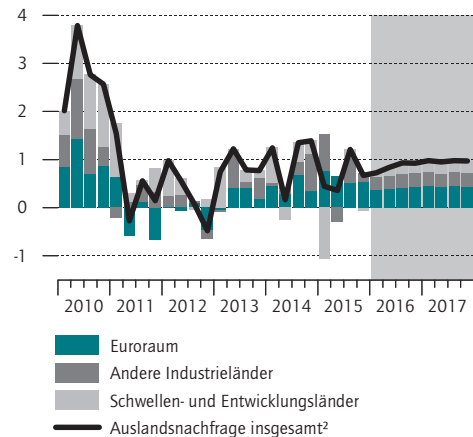
Die Ausfuhren sind im vierten Quartal 2015 um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal gefallen. Zwar legten die Dienstleistungsexporte überaus kräftig zu, die Warenexporte gaben aber auf breiter Front nach. Sowohl die Lieferungen nach Asien und in die USA als auch in den Euroraum waren rückläufig (Abbildung 7). Darüber hinaus gingen im Schlussquartal auch die Ausfuhren in die OPEC-Staaten deutlich zurück; hier dürften sich die Ölpreisrückgänge bemerkbar gemacht haben. Vor allem die Exporteure von Maschinen und Kraftfahrzeugen waren von der schwächeren Weltkonjunktur betroffen.

Für das laufende Quartal zeichnen die Frühindikatoren ein gemischtes Bild (Abbildung 8). Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind nach dem Einbruch im dritten Quartal 2015 gestiegen. Allerdings haben sich die Exporterwartungen zuletzt weiter eingetrübt. Die Zahlungsbilanzstatistik weist ebenfalls auf eine schwache Exportdynamik im ersten Quartal hin, zudem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu Jahresbeginn etwas

Abbildung 9

Auslandsnachfrage¹

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



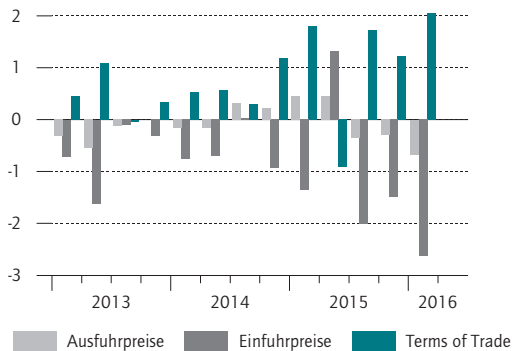
Im Prognosezeitraum nimmt vor allem die Nachfrage nach deutschen Produkten aus den Industrieländern zu.

verschlechtert haben. Zunächst dürften die Exporte nur gedämpft steigen. Im weiteren Verlauf legt die Auslandsnachfrage nach und nach wieder etwas mehr zu, besonders wegen der anziehenden Nachfrage aus dem Euroraum (Abbildung 9). Von den Schwellenländern, vor allem aus China, kommen dagegen zunächst nur geringe Impulse. Außerdem gehen im Prognosezeitraum Abwärtsrisiken für die Exportentwicklung von einem möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU, sowie von der Gefahr einer Ausweitung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum aus. Insgesamt steigen die Ausfuhren im Prognosezeitraum nur moderat. Nach einem Zuwachs von 5,4 Prozent im vergangenen Jahr dürften sie 2016 mit 2,0 Prozent und 2017 mit 3,7 Prozent expandieren.

Die Einfuhren legten im vierten Quartal dank der starken Dienstleistungsimporte etwas zu, die Wareneinfuhren gingen allerdings zurück. Letzteres war vor allem auf die Einfuhren aus den europäischen Ländern zurückzuführen, die Lieferungen aus den nicht-europäischen Ländern stiegen dagegen leicht. Während deutlich weniger Investitionsgüter importiert wurden als im Vorquartal, und auch die Konsumgüterimporte etwas nachgaben, war ein leichter Anstieg bei den Vorleistungsgüterimporten zu verzeichnen.

Für das erste Quartal weist die Zahlungsbilanzstatistik auf einen höheren Zuwachs der Einfuhren als zum

Abbildung 10

AußenhandelspreiseVeränderungen gegenüber Vorquartal in Prozent¹¹ Letzter Wert (Q1 2016): Veränderungsrate Januar gegenüber Q4 2015.

Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Wegen der rückläufigen Ölpreise sind die Außenhandelspreise zuletzt wieder deutlich gesunken.

Jahresende hin. Im weiteren Verlauf dürften die Importe im Einklang mit der Auslandsnachfrage und bei anhaltend dynamischer Binnenkonjunktur mit leicht beschleunigtem Tempo zunehmen. Auch dank des kräftigen privaten Konsums werden die Zuwächse wohl etwas höher als die der Exporte ausfallen. Insgesamt dürften die Einfuhren um 3,8 Prozent in diesem und um 4,7 Prozent im kommenden Jahr steigen.

Die Importpreise sind im Schlussquartal 2015 vor allem wegen des Ölpreistrückgangs erneut deutlich gesunken (Abbildung 10). Auch für das erste Quartal deutet sich noch einmal ein kräftiger Rückgang an. Bei annahmegemäß steigenden Ölpreisen und einer leichten Verbesserung der Weltkonjunktur werden die Importpreise ab dem zweiten Quartal wohl nach und nach wieder steigen. Die geringeren Importkosten dürften die Exporteure zunächst teils weiterreichen; daher dürften die Exportpreise im ersten Quartal noch einmal fallen, bevor sie anschließend mit ähnlichem Tempo wie die Importpreise anziehen. Damit werden sich die Terms of Trade zu Jahresbeginn dank der günstigen Einfuhrpreise noch einmal sichtbar verbessern. Auch im weiteren Verlauf werden sie etwas zulegen, da die Exporteure die steigenden Lohn- und Importkosten teilweise an ihre Kunden weitergeben. Im Jahresdurchschnitt 2016 ergibt sich damit eine deutliche Verbesserung des außenwirtschaftlichen Tauschverhältnisses, im Jahr 2017 nochmals eine leichte.

Der Expansionsbeitrag des Außenhandels ist in beiden Jahren des Prognosezeitraums negativ, besonders im lau-

fenden Jahr bremst er das Wachstum mit $-0,5$ Prozent deutlich. Der Außenbeitrag in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verharrt in den kommenden beiden Jahren auf seinem hohen Niveau von knapp 8 Prozent, der Leistungsbilanzüberschuss dürfte bei 8,6 Prozent im Jahr 2016 und 8,7 Prozent im Jahr 2017 liegen.

Öffentliche Finanzen:**Bei kräftig steigenden Ausgaben weiterhin Überschüsse – aber schrumpfend**

Nach wie vor ist die Kassenlage der öffentlichen Hand insgesamt gut, vor allem weil die Einnahmen des Staates kräftig expandieren. So nehmen die direkten Steuern deutlich zu. Die Lohnsumme steigt spürbar und die Lohnsteuer wird merklich zulegen. Im Jahr 2016 bremst die Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag die Einnahmenentwicklung bei der Lohnsteuer allerdings (Tabelle 2 in Kasten 1). Die Gewinnsteuern legen im Prognosezeitraum ebenfalls spürbar zu, wenngleich nicht so stark wie im Vorjahr; die Gewinne entwickeln sich etwas schwächer, auch wenn sie im laufenden Jahr vom Ölpreistrückgang und der damit verbundenen Kostenentlastung profitieren dürften.⁶ Auch die indirekten Steuern steigen deutlich. Vor allem im laufenden Jahr legt der nominale Verbrauch merklich zu und mit ihm die Mehrwertsteuereinnahmen. Die übrigen – mengenbasierten – indirekten Steuern zeigen hingegen keine große Dynamik.

Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen nehmen in beiden Jahren kräftig zu. Zum einen findet der Beschäftigungsaufbau weiterhin vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt und auch die Löhne legen spürbar zu. Außerdem steigt im laufenden Jahr der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung und im kommenden Jahr wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben.⁷

Die übrigen Einnahmen des Staates entwickeln sich eher verhalten. Ihre Dynamik wird zum einen durch die Erbschaftsteuer gebremst.⁸ Aufgrund eines erwarteten Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden und haben das Aufkommen in den Jahren 2014 und 2015 erhöht. Diese Steuerfälle dürften nunmehr nach und nach veranlagt worden sein und

⁶ Das Aufkommen der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird zudem durch ein Urteil in Zusammenhang mit dem Besitz von Streudividenden zu Mindereinnahmen führen.

⁷ Gleichzeitig werden mit dem Pflegeverstärkungsgesetz die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung zunehmen. Der Rentenbeitragssatz bleibt nach der hier vorgelegten Prognose konstant; eine in den kommenden Monaten nur geringfügig bessere Entwicklung am Arbeitsmarkt würde aber dazu führen, dass er zu Beginn des kommenden Jahres gesenkt werden müsste.

⁸ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wird die Erbschaftsteuer als Vermögenstransfer betrachtet.

das Erbschaftsteueraufkommen wird auf ein niedrigeres Niveau zurückgehen. Zum anderen ist der Teil des Bundesbankgewinns, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als Staatseinnahme verbucht wird, im laufenden Jahr niedrig.⁹

Alles in allem steigen die Einnahmen im Prognosezeitraum kräftig. Sie nehmen in diesem Jahr um 3,5 Prozent und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zu.

Auch die staatlichen Ausgaben legen mit hoher Dynamik zu. Die Arbeitnehmerentgelte steigen merklich. In beiden Jahren dürften die Lohnabschlüsse für den öffentlichen Dienst spürbar sein. So werden die zurzeit anstehenden Verhandlungen für den Bund wohl zu kräftigen Anhebungen führen und auch die neue Tarifrunde für die Länder im kommenden Jahr dürfte angesichts der nach wie vor guten Kassenlage wieder mit merklichen Anstiegen verbunden sein. Im laufenden Jahr wird zudem die Beschäftigung ausgeweitet. Die Vorleistungen werden ebenfalls deutlich zunehmen.¹⁰ Zum einen begünstigt die Kassenlage – auch in vielen Kommunen – einen gelockerten Ausgabenkurs. Zum anderen werden im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen vermehrt Ausgaben getätigt werden. Kräftig werden die sozialen Sachleistungen zunehmen. Zum einen ist die Grunddynamik bei diesen Ausgaben – insbesondere im Gesundheitswesen – hoch. Zum anderen werden im kommenden Jahr die Leistungen bei der sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet. Hinzu kommt, dass die Ausgaben für soziale Sachleistungen durch die flüchtlingsbedingt steigende Zahl von Hilfeempfängern vor allem im Verlauf des Jahres 2016 deutlich zunehmen werden.¹¹

Die monetären Sozialleistungen steigen ebenfalls kräftig. Zwar werden die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung aufgrund der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum weiter zurückgehen und die Ausgaben

für das Betreuungsgeld laufen langsam aus.¹² Die anderen Sozialleistungen nehmen allerdings merklich zu. Infolge des Zustroms von Asylsuchenden steigen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II deutlich und auch andere Sozialleistungen wie laufende Hilfen für Wohnungs(neben)kosten oder Ausgaben für Kindergeld werden spürbar expandieren. Letzteres wurde zudem zu Beginn des Jahres 2016 angehoben. Die Renten werden ebenfalls kräftig zulegen, insbesondere zur Jahresmitte 2016 wird die Rentenanpassung hoch sein.¹³

Die Ausgaben des Staates für Bruttoinvestitionen werden im laufenden Jahr kräftig zulegen. Zum einen bietet die Haushaltslage – nach wie vor auch in vielen Kommunen – Spielräume für Investitionen. Zum anderen stockt der Bund seine Investitionen, insbesondere für die Verkehrswege merklich auf. Auf kommunaler Ebene dürften die bereitgestellten Mittel zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Ebenen nach und nach ebenfalls mit einer vermehrten Bautätigkeit einhergehen. Für den Kita-Ausbau gehen die zusätzlich bereitgestellten Mittel allerdings zurück. Alles in allem werden die Investitionsausgaben nochmals leicht zunehmen.

Die Subventionen werden im Prognosezeitraum ebenfalls zulegen. Diese Ausgaben waren in der Vergangenheit deutlich zurückgeführt worden. Seit dem Jahr 2013 nehmen sie aber wieder zu. Dies ist größtenteils auf die Energiewende zurückzuführen. Auch die geleisteten Vermögenstransfers, die in den vergangenen Jahren wegen des Auslaufens der Eigenheimzulage sowie den mit der Abschaffung der Investitionszulage verbundenen Minderausgaben, rückläufig waren, werden – nachdem diese Effekte entfallen sind – im Prognosezeitraum leicht zunehmen.¹⁴ Demgegenüber werden die Zinsausgaben weiter zurückgehen. Zum einen ist die vom Fiskus zu zahlende Rendite für Staatsanleihen nach wie vor niedrig, zum anderen geht die Staatsverschuldung seit zwei Jahren zurück.

Alles in allem werden die Ausgaben in diesem Jahr mit 3,9 Prozent und im kommenden Jahr mit vier Prozent merklich expandieren. Diese Ausgabenentwicklung wird allerdings durch einen Sondereffekt verzerrt. Im vergangenen Jahr hat der Staat Einnahmen in Höhe von ins-

⁹ Der um Maastricht-neutrale Positionen korrigierte Bundesbankgewinn.

¹⁰ Nach den Vorschriften der VGR sind öffentliche Unternehmen oder Fonds dem Staatssektor zuzuordnen, wenn sie über einen aussagefähigen Mehrjahreszeitraum mehr als 50 Prozent ihrer Kosten durch Verkaufserlöse decken. Die Abgrenzung des Staatssektors ändert sich dadurch zu Beginn jedes Jahres. In der Statistik werden rückwirkende Anpassungen jeweils im August vorgenommen, allerdings nur für vier Jahre. Für einige Einnahme- und Ausgabegrößen hat die geänderte Abgrenzung nur geringe Bedeutung. Bei anderen – wie den Verkäufen, Vorleistungen oder empfangenen Vermögenseinkommen – ist ein zeitlicher Vergleich nur noch eingeschränkt möglich.

¹¹ In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Flüchtlinge vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen soziale Sachleistungen erhalten. Sobald sie diese verlassen haben, wird angenommen, dass die Länder ihre bisherige Praxis beibehalten und größtenteils monetäre Transfers zahlen. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, weiterhin einen Teil der Hilfen in Form von Sachleistungen zu gewähren. Der Finanzierungssaldo des Staates wird von der Verfahrensweise nicht berührt. Auch die Höhe des Konsums insgesamt dürfte davon unberührt bleiben, denn es ist kaum davon auszugehen, dass solche Transfer-einkommen zu großen Teilen gespart werden. Allerdings wäre die Aufteilung des Konsums auf die Sektoren Staat und private Haushalte eine andere.

¹² Im Jahr 2015 hat das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt; in den bis dahin genehmigten Fällen fließt die Leistung aber bis zum 36. Lebensmonat des Kindes weiter.

¹³ Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der volkswirtschaftlichen Brutto Lohnentwicklung orientiert, im Jahr 2015 gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wird im Jahr 2016 nachgeholt: in Westdeutschland dürfte die Rentenanpassung bei 4,35 Prozent, in Ostdeutschland bei 5,03 Prozent liegen.

¹⁴ Da hier auch die Auswirkungen von Gerichtsurteilen berichtet werden, wurde dieser Trend in einzelnen Jahren überlagert.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2017

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,3
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,0
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	66,9
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,4
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,6
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,0
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,5
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,4
2012	44,4	22,5	16,5	44,4	2,3	2,3	-0,1	10,2	79,7
2013	44,4	22,6	16,5	44,5	2,0	2,3	-0,1	8,8	77,4
2014	44,6	22,6	16,5	44,2	1,8	2,2	0,4	7,8	74,9
2015 ⁵	44,6	22,8	16,6	44,0	1,6	2,2	0,5	7,0	71,2
2016	44,6	22,8	16,7	44,1	1,5	2,2	0,5	6,5	68,4
2017 ⁶	44,8	22,9	16,9	44,4	1,4	2,2	0,4	6,1	66,2

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Milliarden Euro).⁶ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2016 und 2017: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

gesamt 5,1 Milliarden Euro durch die Versteigerung von Funkfrequenzen erzielt. Diese Einnahmen werden in den VGR zum einen als negative Ausgabe gebucht und zum anderen zeitlich auf die Jahre 2015 bis 2019 verteilt. Im Jahr 2015 wurden die Staatsausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Prognosezeitraum mindern sie die Ausgaben im Jahr 2017 um 3,8 Milliarden Euro.

In diesem Jahr liegt der öffentliche Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,5 Prozent (Tabelle 5); im kommenden Jahr sinkt diese Quote – bereinigt um die Einmalerlöse bei der Versteigerung der Funkfrequenzen – auf 0,4 Prozent. Der strukturelle, also der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Finanzierungssaldo, liegt im laufenden Jahr – nach 0,5 Prozent im vergangenen Jahr – bei 0,4 Prozent und geht im Jahr 2017 auf 0,2 Prozent zurück.¹⁵

¹⁵ Dieser Finanzierungssaldo, der auch für die deutsche Schuldenbremse zu Grunde gelegt wird, ist um die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen bereinigt.

Damit wird der öffentliche Gesamthaushalt trotz der Mehrausgaben in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration in den Jahren 2016 und 2017 mit Überschüssen abschließen. Dieser Überschuss nimmt allerdings ab – vor allem bei den Gebietskörperschaften. Im Jahr 2016 wird deren Überschuss – nach 14 ½ Milliarden Euro im Jahr 2015 auf gut acht Milliarden Euro sinken; im Jahr 2017 wird er bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen auf knapp zwei Milliarden Euro zurückgehen. Insbesondere beim Bund werden sich die Spielräume nach und nach einengen, auch weil er den Ländern und insbesondere den Kommunen mehr Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung stellt.¹⁶

¹⁶ Der Bund hat bereits beschlossen, den Kommunen eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. In diesem Jahr will der Bund Ländern und Kommunen drei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Die aus den Überschüssen im Jahr 2015 gebildete Rücklage des Bundes wird in den VGR nicht berücksichtigt, d.h. der Finanzierungssaldo im Jahr 2015 ist um diesen Betrag erhöht, die Salden in den Jahren 2016 und zum Teil noch im Jahr 2017 werden durch die dann stattfindende Auflösung der Rücklage nicht berührt.

Kasten 3

Potential

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird. Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, die die Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital und die Totale Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Letztere erfasst den Teil der Produktion, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann – dies ist vor allem der technologische Fortschritt.

Mit Blick auf die Arbeitsmarktwirkungen der hohen Zahl an Geflüchteten ist eine rein mechanische Anwendung des Verfahrens jedoch nicht sinnvoll: Typischerweise wird der Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, um konjunkturelle Schwankungen bereinigt, indem die bislang beobachtete (und für die kurze Frist prognostizierte) Partizipationsrate mittels eines statistischen Verfahrens fortgeschrieben und anschließend anhand eines Filterverfahrens geglättet wird. Diese Rate ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, da vor allem die Erwerbsneigung von Frauen und von älteren Menschen zugenommen hat; eine statistische Fortschreibung setzt diesen Trend fort. Angewandt auf die – aufgrund der Flüchtlingsmigration deutlich gestiegenen – Bevölkerungszahlen würde das Erwerbspersonenpotential erheblich überzeichnet. Denn für die Geflüchteten wird eine geringere Partizipationsrate unterstellt (Kasten 2). Anstelle der Partizipationsrate wird daher die Zahl der Erwerbspersonen direkt geglättet; diese Zahl wird konsistent zur demografischen Entwicklung der heimischen Bevölkerung, den bislang vorliegenden Informationen und den hier zugrunde gelegten Annahmen zur Flüchtlingsmigration sowie zur nicht fluchtbedingten Migration für den Zeitraum

der Mittelfristprojektion bestimmt. Nach Zuwächsen bei der Zahl der Erwerbspersonen um 370 000 beziehungsweise 480 000 Menschen in diesem und im kommenden Jahr ergibt sich, unter anderem bei Berücksichtigung des Rückstaus Ende 2017 noch unerledigter Asylanträge, in der Summe ein Anstieg um 290 000 Personen (darunter 140 000 Geflüchtete) im Jahr 2018. Für die verbleibenden beiden Jahre wird unterstellt, dass der asylbedingte Zuwachs bei den Erwerbspersonen geringer ausfällt; konkret wird angenommen, dass sich der Anstieg im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr halbiert (Tabelle 1).

Die Informationen zur Entwicklung der Erwerbspersonen ermöglichen zusammen mit dem Beschäftigungsaufbau in der mittleren Frist (vgl. Abschnitt Mittelfristprojektion) die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote über den gesamten Projektionszeitraum; sie wird noch etwas sinken, vor allem im laufenden Jahr, und sich bei knapp vier Prozent stabilisieren. Der Abwärtstrend bei der Arbeitszeit dürfte zum Erliegen gekommen sein; darin spiegelt sich auch wider, dass vermehrt Vollzeitstellen aufgebaut werden. Alles in allem dürfte das Arbeitsvolumen im Durchschnitt knapp 0,5 Prozentpunkte zum Potentialwachstum beitragen. Der Beitrag des Faktors Kapital in Höhe von 0,4 Prozentpunkten fällt nur etwas niedriger aus; hier schlägt zu Buche, dass aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds die Nettoinvestitionen stärker ausgeweitet werden dürften als das Produktionspotential. Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten leisten. Das reale Produktionspotential wird bis zum Jahr 2020 um jahresdurchschnittlich 1,5 Prozent wachsen (Tabelle 2).

Tabelle 1

Entwicklung der Erwerbspersonen

In Tausend Personen

	inländische EP	Zuwanderungen		Erwerbspersonen
		asylbedingt	sonstige	
2015	-120	34	273	187
2016	-140	194	311	365
2017	-170	341	310	481
2018	-133	140	280	287
2019	-190	70	263	143
2020	-117	35	250	168

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 2

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2010-2015	2015-2020
Produktionspotential	1,2	1,5
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,4	0,5
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,4	0,6

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Mittelfristprojektion

Für die mittlere Frist werden der Ölpreis und der Euro-Dollar-Wechselkurs konstant gehalten. Unterstellt wird das annahmegemäß Ende 2017 erreichte Niveau (vgl. Kasten 1): Der Ölpreis beträgt demnach 44,2 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,10 US-Dollar pro Euro. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird expansiv bleiben; für Deutschland ist sie damit sehr expansiv ausgerichtet. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2018 bis 2020 etwa neutral ausgerichtet sein.

Zudem wird davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft ihren Aufwärtstrend fortsetzt, allerdings bei etwas geringeren Zuwächsen als im Durchschnitt der vergangenen Jahre: Die Expansion der Wirtschaftsleistung in den entwickelten Volkswirtschaften wird etwas an Tempo gewinnen, auch im Euroraum. Die Dynamik in den Schwellenländern dürfte sich dagegen abschwächen, vor allem in China. Die deutsche Auslandsnachfrage dürfte rund vier Prozent pro Jahr steigen.

Die Exporte werden sich geringfügig schwächer entwickeln: die kräftigen Lohnsteigerungen werden mehr und mehr in die Preise, auch der Ausfuhren, weitergegeben. Die Terms of Trade dürften stagnieren. Die Importe legen kräftiger zu, denn sie werden durch eine starke Inlandsnachfrage angeschoben. Die Handelsbilanzüberschüsse dürften sich gleichwohl nur wenig abbauen, auf 7,4 Prozent zum Ende des Projektionszeitraums (Tabelle 6), denn real liefert der Außenhandel keinen Wachstumsimpuls; für eine deutliche Reduktion der Überschüsse müsste der Impuls aber längere Zeit negativ sein.

Tabelle 6

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2010	2 580,1	1 446,3	493,3	506,3	134,1
2015	3 025,9	1 633,4	586,7	569,7	236,1
2020	3 547,8	1 889,9	716,6	680,1	261,1
Anteile am BIP					
2010	100	56,1	19,1	19,6	5,2
2015	100	54,0	19,4	18,8	7,8
2020	100	53	20	19	7 ½
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2015/2010	3,2	2,5	3,5	2,4	-
2020/2015	3	3	4	3 ½	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Anhaltend kräftig legen der private sowie der öffentliche Konsum zu; die Einkommen der Verbraucher profitieren vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau – ab 2018 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen pro Jahr um etwa 240 000 Personen steigen (Tabelle 7). Bei diesen deutlichen Beschäftigungszuwächsen dürften auch die Löhne spürbar zunehmen; je Arbeitnehmer gerechnet wird sich wohl der für das Jahr 2017 zu erwartende Anstieg fortsetzen. Dennoch dürften die Unternehmens- und Vermögens-

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

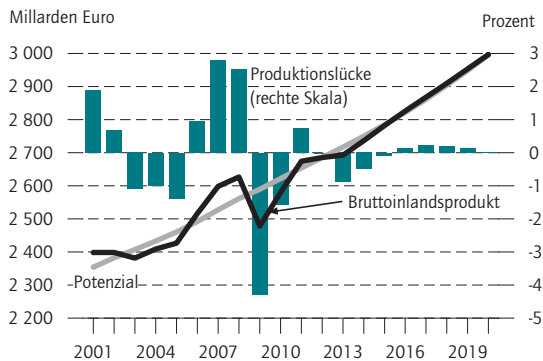
	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100
2010	41 020	36 533	1 390	2 580	62 899	45	2 580	100
2015	43 032	38 732	1 371	2 783	64 663	47	3 026	109
2020	44 482	40 305	1 378	2 997	67 372	49	3 548	118
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2015/2010	1,0	1,2	-0,3	1,5	0,6	0,8	3,2	1,7
2020/2015 ¹	½	1	0	1 ½	¾	¾	3 ¼	1 ½

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Abbildung 11

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial

Quellen: Statistisches Bundesamt, Europäische Kommission, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | fbremus@diw.de

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

einkommen im Schnitt in etwa so zulegen wie im Jahr 2017; der Konsum- und der BIP-Deflator steigen nämlich mit je knapp 1,7 Prozent vergleichsweise kräftig.

Angesichts anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen werden sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen merklich zulegen. Erstere profitieren zudem von der Entwicklung der Auslandsnachfrage – wenngleich diese verhalten bleibt und daher nur moderate Impulse liefert – und von der kräftigen Binnen nachfrage. Die Bauinvestitionen bleiben – angesichts vielerorts nachhaltig niedriger Renditen – als Anlageform gefragt und der hohe Bedarf an zusätzlichem Wohnraum schiebt die Bautätigkeit an. Im Vergleich zum laufenden Jahr verlieren die Bauinvestitionen leicht an Schwung.

Alles in allem dürfte die deutsche Wirtschaft zwischen 2016 und 2020 um durchschnittlich anderthalb Prozent wachsen – also mit annähernd den Raten, die dem Potentialwachstum entsprechen (Abbildung 11 und Kasten 3). Die geringfügige Überauslastung im Jahr 2017 wird sich in den darauffolgenden Jahren schrittweise abbauen.

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik | mpodstawski@diw.de

Thore Schlaak ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

GERMAN ECONOMY BACK ON TRACK, DESPITE UNCERTAIN GLOBAL ECONOMY

Abstract: In spite of the currently gloomy global economic environment, the German economy is developing robustly. Although weak demand in the overseas markets led to a decline in German's industrial production in the second half of 2015, it has been on the rise once again since the beginning of this year. During the forecast period, exports should benefit from a gradually improving global economy. Germany's strong domestic economy, which is fueled primarily by increased private consumption, serves

as a critical growth-driver. Employment continues to grow and wage increases can still be observed. The money being spent on the housing, care, and integration of the refugees is boosting consumption—and although these costs are substantial, the public budget will continue to run high surpluses. Financial leeway, however, is expected to become more limited. The German economy is likely to grow by 1.6 percent this year by 1.6 percent, and by 1.5 percent in the coming year.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Simon Junker, Stellvertretender
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN SIMON JUNKER

»Privater Konsum trägt weiter kräftig zum Wachstum bei«

1. Herr Junker, mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie für die deutsche Wirtschaft? Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich mit 1,6 Prozent wachsen. Das ist ein bisschen schwächer, als noch im Winter prognostiziert wurde. Das liegt vor allen Dingen daran, dass die Industrie im vergangenen Halbjahr eine Schwächephase durchlaufen hat, vor allem im Schlussquartal 2015. Der überwiegende Grund dafür war die Abkühlung der Weltwirtschaft.
2. Was bedeutet das für die deutsche Exportwirtschaft? Der Export hängt natürlich von der Weltwirtschaft ab, und die kühlt sich vorübergehend ab. Wir rechnen damit, dass die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten wieder etwas Fahrt aufnimmt. Wenn die Weltwirtschaft verhalten Fahrt aufnimmt, dann wird auch die Industrieproduktion diesem moderaten Aufwärtstrend weiter folgen.
3. Wo liegen derzeit die Probleme im weltwirtschaftlichen Umfeld? Die Länder, in denen die Wirtschaft stark ist, sind die USA und Großbritannien, allerdings gab es da zuletzt auch ein kleines Fragezeichen. Wir gehen aber davon aus, dass beide relativ solide weiterwachsen werden. Bei China rechnen wir damit, dass die Umstellung auf eine eher konsumorientierte Wirtschaftsstruktur weiterhin ohne größere Verwerfungen von Statten geht. Allerdings gibt es hier auch Risiken. Es mehren sich die Anzeichen, dass das nicht ganz so unproblematisch verlaufen könnte.
4. Wie wirkt sich die schwieriger gewordene Situation der deutschen Industrie auf die Investitionen aus? In diesem Umfeld bleiben die Investitionen erst einmal sehr verhalten. Wir haben jetzt zwei Quartale gesehen, in denen die privaten Ausrüstungsinvestitionen rückläufig waren. Das wird sich zunächst fortsetzen. Erst im weiteren Verlauf, wenn die Impulse der Auslandsnachfrage wieder etwas stärker spürbar sind, werden die Investitionen wieder ein bisschen deutlicher anziehen.
5. Wie entwickelt sich der private Konsum in Deutschland? Der private Konsum wird weiter kräftig zum Wachstum in Deutschland beitragen. Wir haben schon im

vergangenen Jahr gesehen, dass der private Verbrauch stärker gewachsen ist als in den eineinhalb Jahrzehnten zuvor. Wir haben im Grunde genommen eine anhaltend gute Entwicklung der Realeinkommen. Das liegt zum einen daran, dass wir zum Jahresauftakt einen erneuten Kaufkraftschub haben, weil die Ölpreise wieder deutlich in den Keller gegangen sind. Hinzu kommen staatliche Transfers, etwa mit der Anhebung des Grundfreibetrags. Aber auch die Rentenanhebung Mitte des Jahres wird für einen kräftigen Schub sorgen. Das sind jetzt möglicherweise alles vorübergehende Effekte, zu denen auch noch Ausgaben für die Flüchtlingsmigration kommen, aber die Grunddynamik bleibt auch deswegen kräftig, weil der Beschäftigungsaufbau anhält und die Lohnzuwächse spürbar bleiben werden.

6. Wie sieht es bei der Entwicklung der Verbraucherpreise aus? Die Verbraucherpreise werden derzeit erneut von dem starken Rückgang der Ölpreise beeinflusst. Die Inflation war zuletzt bei null und wurde durch die Ölpreise massiv gedrückt. Das wird sich im Verlauf ein bisschen normalisieren, aber die Inflation wird unter dem Strich niedrig bleiben, auch im kommenden Jahr.
7. Die Flüchtlingsmigration wird Kosten verursachen. Inwieweit belastet das die Staatsfinanzen? Die Ausgaben in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration werden schon beträchtlich sein. Wir rechnen mit circa 15 Milliarden Euro in diesem Jahr. Nichtsdestotrotz wird der Staat weiterhin Überschüsse erwirtschaften, und zwar nicht unbeträchtliche. Sie werden auch etwa in dieser Größenordnung liegen, trotz dieser bereits abgezogenen Kosten.
8. Kann die die Bauwirtschaft vom gestiegenen Wohnbedarf durch die Flüchtlinge profitieren? Der Bedarf für die Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen dürfte keine größeren Impulse mehr liefern. Mehr Bedeutung wird der Zuzug in die Regionen haben, in denen die Flüchtlinge später leben werden. Die Nachfrage nach Wohnraum wird dann die Bauwirtschaft ankurbeln, allerdings auch Preiseffekte nach sich ziehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2016

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 823,7	1 902,1	303,2	618,4	-
4	- Abschreibungen	543,4	309,6	69,1	164,7	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 280,3	1 592,5	234,0	453,8	-246,8
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 602,7	1 143,6	238,3	220,8	13,6
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,4	16,5	0,1	8,9	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,5	23,8	0,2	1,5	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	677,7	456,2	-4,1	225,5	-260,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 605,5	-	-	1 605,5	10,7
11	- Geleistete Subventionen	27,9	-	27,9	-	5,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	339,0	-	339,0	-	5,5
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	715,1	639,4	46,6	29,1	181,3
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	781,3	378,2	21,5	381,6	115,1
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 660,5	195,1	281,8	2 183,6	-315,7
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	367,1	68,2	-	298,9	10,0
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	376,7	-	376,7	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	647,7	-	-	647,7	3,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	648,5	123,6	524,2	0,8	2,7
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	555,6	65,1	489,8	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	548,6	-	-	548,6	7,5
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	291,4	156,5	63,2	71,7	52,4
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	255,1	137,2	19,3	98,6	88,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 627,6	166,1	649,1	1 812,4	-282,8
25	- Konsumausgaben	2 295,8	-	617,1	1 678,7	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-51,4	-	51,4	-
27	= Sparen	331,8	114,6	32,0	185,2	-282,8
28	- Geleistete Vermögenstransfers	38,8	1,9	28,2	8,8	3,9
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	34,9	15,7	11,4	7,9	7,8
30	- Bruttoinvestitionen	592,4	325,8	69,9	196,7	-
31	+ Abschreibungen	543,4	309,6	69,1	164,7	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,0	-1,5	-1,4	1,0	2,0
33	= Finanzierungssaldo	280,9	113,7	15,9	151,3	-280,9
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 627,6	166,1	649,1	1 812,4	-282,8
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	405,8	-	405,8	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	405,8	-	-	405,8	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 627,6	166,1	243,3	2 218,2	-282,8
38	- Konsum ²	2 295,8	-	211,3	2 084,4	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-51,4	-	51,4	-
40	= Sparen	331,8	114,6	32,0	185,2	-282,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 912,1	1 966,0	309,1	637,0	-
4 - Abschreibungen	556,2	315,8	71,1	169,3	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 355,9	1 650,2	237,9	467,7	-248,5
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 664,7	1 192,4	242,7	229,6	14,1
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,0	16,0	0,1	8,9	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	26,2	24,5	0,2	1,5	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	692,3	466,3	-4,6	230,6	-262,7
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 667,5	-	-	1 667,5	11,3
11 - Geleistete Subventionen	28,9	-	28,9	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	347,5	-	347,5	-	5,6
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	710,4	636,8	45,1	28,4	188,6
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	781,6	378,7	21,3	381,6	117,4
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 749,7	208,1	290,2	2 251,3	-322,3
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	384,0	73,6	-	310,4	10,1
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	393,8	-	393,8	-	0,4
18 - Geleistete Sozialbeiträge	675,0	-	-	675,0	3,5
19 + Empfangene Sozialbeiträge	675,8	127,7	547,3	0,8	2,7
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,5	68,3	517,4	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,2	-	-	579,2	7,8
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	304,4	159,6	68,1	76,7	53,7
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	265,9	145,4	19,7	100,7	92,2
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 714,4	179,8	665,5	1 869,1	-286,9
25 - Konsumausgaben	2 368,3	-	641,4	1 726,9	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-52,4	-	52,4	-
27 = Sparen	346,0	127,4	24,0	194,6	-286,9
28 - Geleistete Vermögenstransfers	39,7	1,6	28,4	9,7	4,0
29 + Empfangene Vermögenstransfers	36,1	17,2	10,8	8,1	7,6
30 - Bruttoinvestitionen	615,3	339,1	71,5	204,8	-
31 + Abschreibungen	556,2	315,8	71,1	169,3	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,1	2,1	-5,2	1,0	2,1
33 = Finanzierungssaldo	285,4	117,5	11,4	156,5	-285,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 714,4	179,8	665,5	1 869,1	-286,9
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	430,7	-	430,7	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	430,7	-	-	430,7	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 714,4	179,8	234,8	2 299,9	-286,9
38 - Konsum ²	2 368,3	-	210,7	2 157,6	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-52,4	-	52,4	-
40 = Sparen	346,0	127,4	24,0	194,6	-286,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,8	1,1	0,6	0,7	0,9	1,1	1,0	0,7	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,6	0,0	0,9	0,1	-1,3	-1,0	1,0	0,4	1,4
Arbeitstage	0,9	0,4	-0,8	0,0	1,8	1,6	-0,8	0,0	-1,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,1	1,5	0,7	0,7	1,5	1,7	1,2	1,1	0,4
Produktivität¹	0,6	0,1	0,7	0,7	0,4	0,3	0,0	0,4	1,0
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,6	1,5	1,4	1,9	1,9	1,2	1,5	1,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 220,1	2 295,8	2 368,3	1 080,4	1 139,7	1 119,4	1 176,4	1 154,2	1 214,2
Private Haushalte²	1 633,4	1 678,7	1 726,9	796,7	836,7	820,0	858,7	842,9	884,0
Staat	586,7	617,1	641,4	283,7	303,0	299,4	317,7	311,3	330,1
Anlageinvestitionen	606,2	626,0	647,6	289,4	316,8	301,0	325,0	311,3	336,2
Ausrüstungen	200,1	202,1	208,7	94,2	105,8	96,2	105,9	99,4	109,3
Bauten	297,7	310,7	320,8	142,4	155,3	149,8	160,9	154,4	166,4
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	113,2	118,1	52,7	55,7	55,1	58,1	57,5	60,6
Vorratsveränderung³	-36,5	-33,6	-32,3	-6,3	-30,2	-5,2	-28,4	-3,8	-28,4
Inländische Verwendung	2 789,8	2 888,2	2 983,6	1 363,5	1 426,3	1 415,3	1 472,9	1 461,7	1 522,0
Außenbeitrag	236,1	246,8	248,5	119,4	116,7	126,5	120,3	128,9	119,7
Exporte	1 419,6	1 448,2	1 517,0	698,3	721,3	711,5	736,7	746,9	770,1
Importe	1 183,5	1 201,4	1 268,5	578,9	604,6	585,0	616,3	618,1	650,4
Bruttoinlandsprodukt	3 025,9	3 135,0	3 232,2	1 482,9	1 543,0	1 541,7	1 593,3	1 590,5	1 641,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,0	3,4	3,2	2,9	3,0	3,6	3,2	3,1	3,2
Private Haushalte²	2,6	2,8	2,9	2,7	2,5	2,9	2,6	2,8	3,0
Staat	4,0	5,2	3,9	3,7	4,3	5,5	4,8	4,0	3,9
Anlageinvestitionen	3,6	3,3	3,4	2,5	4,6	4,0	2,6	3,4	3,5
Ausrüstungen	5,4	1,0	3,3	4,2	6,6	2,0	0,1	3,4	3,2
Bauten	2,0	4,4	3,3	0,7	3,2	5,2	3,7	3,1	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,4	4,3	4,8	4,7	4,5	4,3	4,3	4,3
Inländische Verwendung	2,6	3,5	3,3	2,0	3,2	3,8	3,3	3,3	3,3
Exporte	6,5	2,0	4,8	7,0	6,0	1,9	2,1	5,0	4,5
Importe	4,1	1,5	5,6	4,0	4,2	1,1	1,9	5,6	5,5
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,6	3,1	3,5	4,1	4,0	3,3	3,2	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 061,6	2 106,6	2 140,0	1 008,9	1 052,6	1 033,7	1 072,9	1 049,7	1 090,3
Private Haushalte²	1 532,5	1 562,0	1 584,7	748,3	784,1	765,2	796,9	775,5	809,1
Staat	529,1	544,4	555,0	260,6	268,5	268,4	276,0	273,9	281,1
Anlageinvestitionen	558,4	569,2	580,9	266,7	291,7	273,8	295,4	279,4	301,5
Ausrüstungen	195,9	197,3	203,4	91,9	104,1	93,3	104,0	96,3	107,1
Bauten	263,3	270,0	273,4	126,3	137,0	130,6	139,4	132,1	141,3
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,1	104,5	48,6	51,0	49,9	52,2	51,1	53,5
Inländische Verwendung	2 586,4	2 644,8	2 690,2	1 272,9	1 313,5	1 305,8	1 338,9	1 328,6	1 361,6
Exporte	1 350,9	1 378,3	1 429,1	664,3	686,6	678,7	699,6	705,8	723,3
Importe	1 153,5	1 197,1	1 253,6	562,0	591,6	583,5	613,6	612,4	641,2
Bruttoinlandsprodukt	2 782,5	2 825,8	2 867,6	1 374,5	1 408,0	1 400,6	1 425,2	1 422,3	1 445,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,0	2,2	1,6	2,1	2,0	2,5	1,9	1,5	1,6
Private Haushalte²	1,9	1,9	1,4	2,0	1,9	2,2	1,6	1,4	1,5
Staat	2,4	2,9	1,9	2,2	2,5	3,0	2,8	2,0	1,8
Anlageinvestitionen	2,2	1,9	2,1	1,1	3,2	2,7	1,3	2,0	2,1
Ausrüstungen	4,8	0,7	3,1	3,6	5,9	1,6	-0,1	3,2	3,0
Bauten	0,3	2,6	1,3	-1,1	1,7	3,4	1,8	1,1	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,4	2,7	2,7	2,6	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,3	1,7	1,1	2,1	2,6	1,9	1,7	1,7
Exporte	5,4	2,0	3,7	5,7	5,1	2,2	1,9	4,0	3,4
Importe	5,8	3,8	4,7	5,6	6,0	3,8	3,7	5,0	4,5
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,6	1,5	1,4	1,9	1,9	1,2	1,5	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,6	0,8	1,4	0,6	0,6	0,7	1,0	1,4	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,2	1,9	1,5	1,7	2,5	2,0	1,9	2,0
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4
Ausrüstungen	0,6	0,3	0,2	0,5	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2
Bauten	1,7	1,8	2,0	1,8	1,6	1,7	1,9	2,0	2,0
Exporte	1,0	0,0	1,0	1,3	0,8	-0,3	0,2	0,9	1,1
Importe	-1,6	-2,2	0,8	-1,5	-1,7	-2,7	-1,7	0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,0	1,6	2,0	2,1	2,0	2,0	1,6	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 116,6	2 183,6	2 251,3	1 040,3	1 076,3	1 078,4	1 105,2	1 109,7	1 141,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,4	291,7	304,3	135,7	144,7	141,5	150,3	147,5	156,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 262,7	1 313,8	1 363,2	601,3	661,4	627,1	686,7	650,4	712,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	578,0	583,8	303,3	270,1	309,8	268,2	311,7	272,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	443,8	476,9	498,3	200,0	243,8	217,4	259,5	231,0	267,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 560,3	2 660,5	2 749,7	1 240,3	1 320,0	1 295,8	1 364,7	1 340,6	1 409,1
Abschreibungen	531,2	543,4	556,2	264,3	266,8	270,4	273,0	276,7	279,5
Bruttonationaleinkommen	3 091,5	3 203,9	3 305,9	1 504,7	1 586,8	1 566,2	1 637,7	1 617,3	1 688,6
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 260,6	2 349,4	2 431,1	1 094,2	1 166,5	1 145,1	1 204,3	1 186	1 245
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	717,5	743,9	763,6	357,2	360,4	376,5	367,3	388	376
Arbeitnehmerentgelt	1 543,1	1 605,5	1 667,5	737,0	806,1	768,6	837,0	798	870
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	3,2	3,1	3,1	2,9	3,7	2,7	2,9	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	4,0	4,3	3,1	3,3	4,3	3,8	4,3	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,0	3,8	3,8	4,2	4,3	3,8	3,7	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,8	1,0	1,8	-0,6	2,1	-0,7	0,6	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,3	7,5	4,5	5,3	11,0	8,7	6,5	6,3	3,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,9	3,4	3,5	4,3	4,5	3,4	3,5	3,3
Abschreibungen	2,6	2,3	2,4	2,6	2,5	2,3	2,3	2,3	2,4
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,6	3,2	3,3	4,0	4,1	3,2	3,3	3,1
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,9	3,9	3,5	3,6	4,1	4,7	3,2	3,6	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,9	3,7	2,6	3,4	4,3	5,4	1,9	3,0	2,3
Arbeitnehmerentgelt	3,9	4,0	3,9	3,7	4,1	4,3	3,8	3,8	3,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 263,4	1 317,1	1 371,7	606,7	656,7	631,3	685,8	658	713
Nettolöhne- und -gehälter	838,4	870,3	897,3	394,5	443,9	411,0	459,3	423	474
Monetäre Sozialleistungen	523,9	548,6	579,2	261,6	262,3	271,1	277,5	287	292
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	98,9	101,8	104,8	49,4	49,6	50,8	51,0	52	52
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	578,0	583,8	303,3	270,1	309,8	268,2	312	272
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-79,2	-82,7	-86,4	-38,7	-40,5	-40,2	-42,5	-42	-44
Verfügbares Einkommen	1 757,7	1 812,4	1 869,1	871,4	886,3	900,9	911,5	928	941
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,5	51,4	52,4	25,0	25,6	25,4	26,0	26	26
Konsumausgaben	1 633,4	1 678,7	1 726,9	796,7	836,7	820,0	858,7	843	884
Sparen	174,8	185,2	194,6	99,6	75,2	106,3	78,9	111	83
Sparquote in Prozent ⁷	9,7	9,9	10,1	11,1	8,2	11,5	8,4	11,7	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,7	4,3	4,1	3,4	4,1	4,1	4,4	4,3	4,0
Nettolöhne- und -gehälter	3,7	3,8	3,1	3,2	4,2	4,2	3,5	3,0	3,2
Monetäre Sozialleistungen	3,6	4,7	5,6	3,9	3,4	3,6	5,8	6,0	5,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,3	2,9	2,9	4,4	2,2	2,9	2,9	2,9	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,8	1,0	1,8	-0,6	2,1	-0,7	0,6	1,5
Verfügbares Einkommen	2,8	3,1	3,1	2,9	2,7	3,4	2,8	3,0	3,2
Konsumausgaben	2,6	2,8	2,9	2,7	2,5	2,9	2,6	2,8	3,0
Sparen	4,3	6,0	5,1	4,3	4,3	6,7	4,9	4,5	5,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	690,9	715,7	741,3	343,8	347,1	355,6	360,2	368,8	372,4
direkte Steuern	364,3	376,7	393,8	184,4	180,0	191,2	185,6	199,9	193,9
indirekte Steuern	326,5	339,0	347,5	159,4	167,1	164,4	174,6	168,9	178,6
Nettosozialbeiträge	501,2	524,2	547,3	242,9	258,3	254,3	269,9	265,5	281,9
Vermögenseinkommen	23,3	21,5	21,3	13,3	10,0	12,3	9,2	12,2	9,2
Laufende Übertragungen	19,0	19,3	19,7	8,9	10,1	9,1	10,2	9,3	10,4
Vermögenstransfers	11,9	11,4	10,8	5,2	6,7	4,9	6,4	4,6	6,2
Verkäufe	103,5	105,5	107,4	48,7	54,8	49,6	55,8	50,6	56,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 350,0	1 397,7	1 448,1	662,9	687,1	685,8	711,9	711,0	737,1
Ausgaben									
Vorleistungen	143,7	151,9	155,9	64,9	78,8	69,4	82,5	71,4	84,5
Arbeitnehmerentgelte	230,7	238,3	242,7	110,8	120,0	114,4	123,9	116,4	126,3
Soziale Sachleistungen	252,3	267,5	284,0	124,6	127,8	132,3	135,2	140,4	143,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,5	46,6	45,1	24,5	24,1	23,5	23,1	22,8	22,4
Subventionen	26,8	27,9	28,9	13,2	13,6	13,7	14,2	14,2	14,6
Monetäre Sozialleistungen	469,3	489,8	517,4	234,4	234,9	241,8	248,0	256,6	260,9
Sonstige laufende Transfers	65,1	63,2	68,1	37,1	28,0	37,2	26,0	40,3	27,8
Bruttoinvestitionen	65,9	69,9	71,5	28,0	37,9	29,8	40,1	30,8	40,7
Vermögenstransfers	30,0	28,2	28,4	11,9	18,1	11,9	16,2	12,0	16,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-2,0	-1,4	-5,2	-1,2	-0,8	-0,6	-0,8	-4,4	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 330,6	1 381,8	1 436,8	648,0	682,5	673,4	708,4	700,4	736,4
Finanzierungssaldo	19,4	15,9	11,4	14,8	4,5	12,4	3,5	10,6	0,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,7	3,6	3,6	4,7	4,7	3,4	3,8	3,7	3,4
direkte Steuern	5,4	3,4	4,5	6,5	4,3	3,7	3,1	4,6	4,5
indirekte Steuern	4,0	3,8	2,5	2,8	5,2	3,2	4,4	2,7	2,3
Nettosozialbeiträge	4,0	4,6	4,4	3,9	4,0	4,7	4,5	4,4	4,4
Vermögenseinkommen	-6,8	-7,9	-0,6	-14,1	5,0	-8,1	-7,6	-0,8	-0,4
Laufende Übertragungen	-0,5	1,4	2,3	2,1	-2,8	1,5	1,3	2,2	2,5
Vermögenstransfers	-2,5	-4,1	-5,2	10,2	-10,5	-4,9	-3,5	-6,3	-4,3
Verkäufe	2,0	1,9	1,9	2,4	1,7	1,9	1,8	1,9	1,8
Sonstige Subventionen	-18,9	0,0	0,0	-20,8	-17,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,9	3,5	3,6	3,8	3,9	3,5	3,6	3,7	3,5
Ausgaben									
Vorleistungen	3,7	5,7	2,6	2,6	4,6	7,0	4,7	2,9	2,4
Arbeitnehmerentgelte	2,7	3,3	1,9	2,6	2,8	3,3	3,3	1,8	1,9
Soziale Sachleistungen	5,1	6,0	6,1	5,2	5,0	6,3	5,8	6,1	6,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-5,7	-4,0	-3,2	-7,6	-3,7	-4,0	-4,0	-3,2	-3,1
Subventionen	5,2	4,1	3,3	5,6	4,9	4,2	4,1	3,4	3,3
Monetäre Sozialleistungen	4,1	4,4	5,7	4,4	3,8	3,2	5,6	6,1	5,2
Sonstige laufende Transfers ⁹	3,5	-1,9	4,9	1,3	2,3	0,1	-2,1	3,0	1,9
Bruttoinvestitionen	4,2	6,1	2,3	-0,4	7,8	6,5	5,7	3,4	1,4
Vermögenstransfers ⁹	-5,9	-1,9	0,2	0,9	-6,8	0,0	-1,9	0,7	0,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,6	0,5	-3,8	-0,6	-0,1	0,5	0,0	-3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,1	3,9	4,0	3,3	2,9	3,9	3,8	4,0	4,0

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

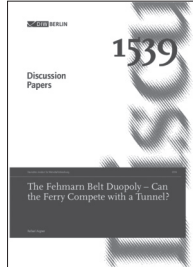
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Discussion Papers Nr. 1539

2016 | Rafael Aigner



The Fehmarn Belt Duopoly – Can the Ferry Compete with a Tunnel?

The Fehmarn Belt is a strait between Denmark and Germany, currently served by a ferry. This note analyses the theory of competition between the ferry and a planned tunnel, the Fehmarn Belt Fixed Link. The model is an asymmetric duopoly and addresses two questions:

1. Will the tunnel induce the ferry to exit the market, once it operates?
2. Will the tunnel's toll revenue suffice to cover its cost?

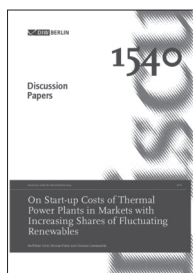
To complement the theoretical analysis, the note provides results of a numerical application.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1540

2016 | Wolf-Peter Schill, Michael Pahle, Christian Gambardella



On Start-up Costs of Thermal Power Plants in Markets with Increasing Shares of Fluctuating Renewables

The emerging literature on power markets with high shares of fluctuating renewables suggests that more frequent start-up procedures of thermal power plants may become an increasing concern, both for costs and possibly also for market design. Based on official scenario assumptions, we investigate how start-ups and related costs develop in Germany, where the share of fluctuating renewables quadruples between 2010 and 2030. We find that the overall number of start-ups decreases by a third, while related costs increase by half. The relative share of start-up costs in overall variable costs of thermal plants grows only slightly and remains below

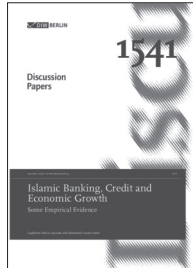
1%. Several overlapping effects drive these results. The expansion of fluctuating renewables alone would strongly increase start-up costs. In contrast, increased flexibility of biomass power plants, additional power storage and larger block sizes have opposite effects. While the relevance of start-up costs grows only moderately under baseline assumptions, it may increase further under alternative developments of system flexibility. Future power market design reforms should thus aim to ensure proper remuneration of quasi-fixed start-up costs. Our findings are also relevant for many other countries with thermal power systems that plan to undergo comparable transitions toward fluctuating renewables.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1541

2016 | Guglielmo Maria Caporale, Mohamad Husam Helmi



Islamic Banking, Credit and Economic Growth: Some Empirical Evidence

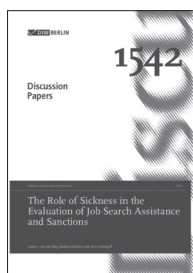
This paper examines the effects of Islamic banking on the causal linkages between credit and GDP by comparing two sets of seven emerging countries, the first without Islamic banks, and the second with a dual banking system including both Islamic and conventional banks. Unlike previous studies, it checks the robustness of the results by applying both time series and panel methods; moreover, it tests for both long- and short-run causality. In brief, the findings highlight significant differences between the two sets of countries reflecting the distinctive features of Islamic banks. Specifically, the time series analysis provides evidence of long-run causality running from credit to GDP in countries with Islamic banks only. This is confirmed by the panel causality tests, although in this case short-run causality in countries without Islamic banks is also found.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1542

2016 | Gerard J. van den Berg, Barbara Hofmann, Arne Uhlenдорff



The Role of Sickness in the Evaluation of Job Search Assistance and Sanctions

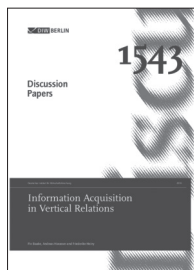
Unemployment insurance agencies may combat moral hazard by punishing refusals to apply to assigned vacancies. However, the possibility to report sick creates an additional moral hazard, since during sickness spells, minimum requirements on search behavior do not apply. This reduces the ex-ante threat of sanctions. We analyze the effects of vacancy referrals and sanctions on the unemployment duration and the quality of job matches, in conjunction with the possibility to report sick. We estimate multi-spell duration models with selection on unobserved characteristics. We find that a vacancy referral increases the transition rate into work and that such accepted jobs go along with lower wages. We also find a positive effect of a vacancy referral on the probability of reporting sick. This effect is smaller at high durations, which suggests that the relative attractiveness of vacancy referrals increases over the time spent in unemployment. Overall, around 9% of sickness absence during unemployment is induced by vacancy referrals.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1543

2016 | Pio Baake, Andreas Harasser, Friederike Heiny



Information Acquisition in Vertical Relations

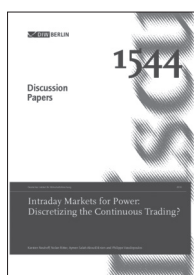
We analyze a simple supply chain with one supplier, one retailer and uncertainty about market demand. Focusing on the incentives of the supplier and the retailer to enhance their private information about the actual market conditions, we show that choices on information acquisition are strategic complements. While the retailer's incentives are mainly driven by the information rent that he can earn, the supplier will choose to acquire information only if the retailer is rather well informed, even though the information is free of charge.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1544

2016 | Karsten Neuhoﬀ, Nolan Ritter, Aymen Salah-Abou-El-Enien, Philippe Vassilopoulos



Intraday Markets for Power: Discretizing the Continuous Trading?

A fundamental question regarding the design of electricity markets is whether adding auctions to the continuous intraday trading is improving the performance of the market. To approach this question, we assess the experience with the implementation of the 3 pm local auction for quarters in Germany at the European Power Exchange (EPEX SPOT) in December 2014 to assess the impact on trading volumes/liquidity, prices, as well as market depth. We discuss further opportunities and challenges that are linked with a potential implementation of an intraday auction.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

CoCo-Bonds: Nicht nur für Privatanleger, sondern auch für Banken zu gefährlich

Gemeinsam mit der Deutschen Bank ist ein neuartiges Finanzierungsinstrument in den Fokus geraten, das der breiten Öffentlichkeit bislang weitgehend unbekannt war: *Contingent Convertible Bonds*, auch CoCo-Bonds genannt. Dabei handelt es sich um risikoreiche Wandelanleihen, die automatisch in Eigenkapital einer Bank umgewandelt oder abgeschrieben werden, wenn deren Kapitalpuffer unter eine bestimmte Schwelle fällt. Die Investoren gehen ein hohes Risiko ein, denn sie könnten alles verlieren – dafür erhalten sie, wenn es gut geht, eine entsprechend lukrative Rendite von etwa sechs Prozent.

Privatanlegerinnen und -anleger lassen davon besser die Finger. Sinnvollerweise ist die Einstiegshürde mit einem Mindestanlagevolumen in Höhe von 100 000 Euro dementsprechend hoch. Denn nicht einmal Profi-Investoren scheinen zu wissen, wie genau die Anleihen funktionieren. Anders ist nicht zu erklären, weshalb sie im Fall der Deutschen Bank befürchten, sie könnten ihre Verzinsung nicht ausgezahlt bekommen, obwohl die Kernkapitalquote der Bank „meilenweit“ von der Auslöseschwelle entfernt liegt.

Wenn auf Seiten der Investoren so viele potentielle Risiken bestehen und CoCo-Bonds offensichtlich Verwirrung stiften: Wem nützen sie dann überhaupt?

Von vorne: Für die Banken ist es aus mehreren Gründen attraktiv, ihr Kernkapital mit CoCo-Bonds statt mit Eigenkapital in Form von Aktien oder einbehaltenen Gewinnen aufzufüllen. Die Zinskoupons können – im Gegensatz zu ausgeschütteter Dividende – steuerlich geltend gemacht werden und reduzieren somit den zu versteuernden Gewinn der ausgebenden Bank. Die Kapitalkosten sind niedrig

und die emittierende Bank darf die Zinszahlung unter gewissen Umständen aussetzen.

Wird die Auslöseschwelle erreicht und stimmt die Bankenaufsicht zu, werden die Bonds, je nachdem wie sie ausgestaltet sind, entweder zu Eigenkapital der Ausgabebank oder abgeschrieben. In beiden Fällen steigt die Kernkapitalquote und die Finanzlage der Bank stabilisiert sich. Die Gegenseite in diesem Geschäft steht allerdings weniger gut da: Hat sie einen Abschreibungs-Coco-Bond erworben, muss sie nun einen Totalverlust verbuchen. Bei einem Equity-Coco wird sie gezwungenermaßen zur Eigenkapitalgeberin der Bank und muss höchstwahrscheinlich mithelfen, die dort aufgetretenen Verluste zu tragen.

Dieser Mechanismus soll dafür sorgen, dass strauchelnde Banken nicht mehr vom Staat gestützt werden müssen. Doch was passiert, wenn eine Bank CoCo-Bonds einer anderen Bank kauft? Dann ist dieses Ziel stark gefährdet. Denn die Bank, die Coco-Bonds gekauft hat, würde im Fall einer Zwangsumwandlung und Abschreibung der Anleihen sofort neues Eigenkapital brauchen. Wird der Bond in Eigenkapital umgewandelt, ist die Bank plötzlich an einer anderen Bank beteiligt und müsste dafür wiederum Eigenkapital vorhalten. Was bei der einen Bank an Stabilität gewonnen wird, geht somit bei der anderen verloren. Ein Nullsummenspiel also – im besten Fall. Denn darüber hinaus wären Ansteckungseffekte wahrscheinlich. Die ursprüngliche Idee, mit Hilfe von CoCo-Bonds das Bankensystem aus sich selbst heraus zu stabilisieren, fiele so in sich zusammen. Im Interesse der Stabilität des europäischen Bankensystems muss daher auch für investierende Banken gelten: Finger weg von Coco-Bonds!